

# Auf dem Weg zur Postwachstumsgesellschaft – Von der Resonanztheorie zur aleatorischen Demokratie

Hubertus Buchstein

Online publiziert: 11. September 2018

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

**Zusammenfassung** In den gegenwärtigen Routinen demokratischer Politik ist die verspätete Reaktion auf langfristige ökologische Probleme strukturell angelegt. Der Beitrag rekonstruiert systematisch Hartmut Rosas Überlegungen zur Demokratie, der in seiner Resonanztheorie eine fundamentale Kritik der Spätmoderne und ihrer Wachstumslogik mit einem generellen Plädoyer für eine demokratische Transformation in Richtung Postwachstumsgesellschaft verbindet, und modifiziert sie an drei Punkten. Positiv herausgestellt wird Rosas resonanztheoretisches Konzept der Selbstwirksamkeitserfahrung in der Politik. Von hier ausgehend werden seine Überlegungen in zweierlei Hinsicht argumentativ weiterentwickelt in Richtung einer aleatorischen Demokratie: Zum einen wird aufgezeigt, wie Praktiken der aleatorischen Demokratie das Erfordernis positiver Selbstwirksamkeitserfahrungen in der Politik erfüllen können. Zum anderen wird dargelegt, warum Institutionen der aleatorischen Demokratie geeignete Gegengewichte zum kurzfristigen Denken sein können, das in den gegenwärtigen Routineprozeduren demokratischen Regierens angelegt ist.

**Schlüsselwörter** Demokratietheorie · Postwachstumsgesellschaft · Resonanztheorie · Aleatorische Demokratie

## Towards post-growth society – From resonance theory to aleatoric democracy

**Abstract** Current routines in democratic politics seem to foster delayed reactions to long-term ecological issues. The article systematically reconstructs Hartmut Rosa's reflections on democracy, who combines in his theory of resonance a fundamental

---

H. Buchstein (✉)

Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Greifswald,  
Baderstraße 6/7, 17489 Greifswald, Deutschland  
E-Mail: buchstei@uni-greifswald.de

critique of late-modernity and its logic of growth with a general plea for a democratic transformation towards a post-growth society, and modifies them at three points. It emphasizes Rosa's concept of the experience of self-efficacy in politics inspired by resonance-theory. From there on, his reflections are developed towards the idea of aleatoric democracy in two respects. First, the paper shows how practices of aleatoric democracy can fulfill the requirement of positive experiences of self-efficacy in politics. Second, it explains why institutions of aleatoric democracy can be suitable counterweights to the short-termism inherent to the current routine procedures of democratic governance.

**Keywords** Democratic theory · Post-growth society · Resonance theory · Aleatoric democracy

## **Vers une société post-croissance : De la théorie de la résonance à la démocratie aléatoire**

**Résumé** Les routines actuelles de la politique démocratique sont structurellement portées à réagir tardivement aux problèmes écologiques de long terme. Cet article reconstruit de manière systématique et modifie sur trois points les réflexions de Hartmut Rosa sur la démocratie, dont la théorie de la résonance conjugue une critique fondamentale de la modernité tardive et de sa logique de croissance à un plaidoyer général pour une transformation démocratique vers une société post-croissance. Le concept d'expérience de l'auto-efficacité en politique, qui est mis en avant par Rosa dans le cadre de sa théorie de la résonance, est présenté de manière positive. Sur cette base, les réflexions de Rosa sont développées de deux manières dans le sens d'une démocratie aléatoire. Il est montré, d'une part, comment les pratiques de la démocratie aléatoire peuvent remplir l'exigence d'expérience de l'auto-efficacité en politique. D'autre part, l'article explique pourquoi les institutions de la démocratie aléatoire peuvent constituer des contrepoids appropriés à la pensée court-termiste favorisée par les procédures routinières actuelles de la gouvernance démocratique.

**Mots-clés** Théorie de la démocratie · Société post-croissance · Théorie de la résonance · Démocratie aléatoire

### **1 Einleitung: Postwachstumsgesellschaft und die demokratische Frage**

Die Frage nach den ökologischen Voraussetzungen der Demokratie und mehr noch nach den ökologischen Konsequenzen von politischen Entscheidungen demokratischer Systeme stehen schon seit Längerem im Zentrum sozialwissenschaftlicher Diskussionen über die Vision einer zukünftigen Postwachstumsgesellschaft. Mit Postwachstumsgesellschaft ist eine Gesellschaft gemeint, in der sich die in ihr lebenden Menschen von der Steigerungslogik der Moderne emanzipiert und zu einer Sozialformation jenseits des Modus der dynamischen Stabilisierung gefunden haben, nach der die kapitalistische Gesellschaft zu ihrer Erhaltung zu einem permanenten Wachstum gezwungen ist, mithin die Transformation in Richtung einer Gesellschaftsform,

die nicht länger auf einen immer größeren Verbrauch an natürlichen Ressourcen angewiesen wäre und damit im Einklang mit den ökologisch nachhaltigen Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben und dem Erhalt von natürlicher Umwelt und biologischer Vielfalt stünde.

Mit Blick auf die Realisierungsmöglichkeit einer solchen ökologisch orientierten, nachhaltig wirtschaftenden Postwachstumsgesellschaft bieten die Befunde der empirischen Forschung zur Politikperformanz moderner Demokratien allerdings wenig optimistisch Stimmendes. Die dominanten Temporalstrukturen gegenwärtigen demokratischen Regierens stehen in einer eklatanten Spannung zu den sachlichen Anforderungen einer ökologisch nachhaltigen Politik. Der Zeittakt der Legislaturperioden lenkt die Themenwahl politischer Eliten in einer Weise, dass solchen Problemen und Vorhaben ein Vorrang eingeräumt wird, deren Bearbeitung bereits innerhalb der Wiederwahlperiode vorzeigbare Ergebnisse verspricht. Dieser „short-termism“ (Giddens 2009, S. 96) der Politikbearbeitung führt dazu, dass Langfrist-Themen wie der Klimawandel oder der Erhalt der ökologischen Vielfalt eher auf die lange Bank geschoben werden (vgl. Stein 1998, S. 131 ff.; WBGU 2012, S. 200 ff.; Offe 2015, S. 46 ff.; Gesang 2015, S. 54 ff.). Für die Klimapolitik liegen schon seit einigen Jahren Berechnungen vor, wonach die Kosten für auch nur halbwegs aussichtsreiche Problemlösungen mit jedem Jahr, in dem effiziente Gegenmaßnahmen aufgeschoben werden, exponentiell weiter anwachsen (vgl. Stern 2007). Die in den Routineprozeduren demokratischen Regierens strukturell verankerte Verspätung bei der Bearbeitung langfristiger Problemlagen ist eine Achillesferse der modernen Demokratie.

Doch die Antwort auf die immer drängender werdende Frage nach den möglichen politisch-institutionellen Konturen einer zukünftigen Postwachstumsgesellschaft steht heute weiterhin in den Sternen wie zu Beginn der Postwachstumsdebatte in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bereits John Stuart Mill, der Ahnvater der Theorie der Postwachstumsgesellschaft, der in seinen *Principles of Political Economy* (1848) die Vision eines „stationary state“ entworfen und in *On Liberty* (1859) den „superior worth of simplicity of life“ gepriesen hatte, konnte mit seinen demokratiethoretischen Überlegungen in seinen *Considerations on Representative Democracy* (1861) keine tragfähige argumentative Brücke zwischen seiner Demokratietheorie und seiner Postwachstumsvision bauen (vgl. Buchstein und Hummel 2017, S. 241 ff.). Wie wichtig die Frage nach den dafür geeigneten politisch-institutionellen Strukturen ist, verdeutlicht das drängende Problem des Klimawandels: Der fossilistische Wachstumspfad gefährdet mittlerweile massiv die Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen. Das Wissen darum ist längst kein Geheimnis mehr, sondern fast schon bis zum Verdruss alltäglich Thema in den Medien und der politischen Öffentlichkeit. An Wissen und vielfach auch am grundsätzlichen Willen zu Veränderungen mangelt es nicht. Patrizia Nanz und Claus Leggewie haben in diesem Zusammenhang auf politikwissenschaftliche Forschungen hingewiesen, die zeigen, dass „dem gemeinsamen Bestreben, gefährlichen Klimawandel zu verhindern, weniger der Unwille zur gemeinsamen Aktion und Koordination entgegensteht, als eine [...] als untauglich deklarierte institutionelle Struktur“ (Nanz und Leggewie 2016, S. 49).

Da autoritäre oder diktatorische Regimealternativen bislang wenig Anlass zur Vermutung bieten, dass sie mit ihren institutionellen „settings“ diese Problematik besser lösen könnten (vgl. Buchstein 2012), konzentrieren sich die aktuellen Debatten über die politischen Konturen einer ökologisch und sozial nachhaltig orientierten Postwachstumsgesellschaft weiterhin auf die Suche nach den hierfür geeigneten demokratischen Strukturen. Verfolgt man diese Suchbewegungen, so stößt man unter den politischen Aktivisten für eine zukünftige Postwachstumsgesellschaft auf einen in seiner Deutlichkeit bemerkenswerten radikaldemokratischen Bias: Vielfach wird das Plädoyer für eine Postwachstumsgesellschaft mit Forderungen nach „mehr Demokratie“ bzw. einer „Basisdemokratie“ verbunden.<sup>1</sup> Der genaue Blick auf solche Plädoyers offenbart dann allerdings erhebliche demokratietheoretische Defizite, die auch durch den teilweise wortstarken Impetus solcher Forderungen nicht kaschiert werden können. Zum einen bleiben sie im Hinblick auf Fragen zur konkreten institutionellen Ausgestaltung in aller Regel äußerst vage und gelangen kaum über wohlmeinende Appelle für mehr politische Fantasie und institutionelle Kreativität hinaus. Zum anderen finden sich darin kaum neue, speziell auf die Postwachstumsproblematik zugeschnittene Begründungszusammenhänge, die den vermuteten Vorzug von radikal- oder direktdemokratischen Institutionen und Prozeduren plausibel machen könnten.

Zu den aktuellen Versuchen, den Ausbruch aus der gegenwärtigen Wachstumslogik als politisches Ziel attraktiv zu machen und gangbare Wege in diese Richtung aufzuzeigen, gehört an prominenter Stelle die Resonanztheorie der Demokratie, wie sie von Hartmut Rosa in seinem Buch *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung* ausführlich dargelegt worden ist. In dem von Rosa am Ende seines Buches skizzierten „Konturen einer Postwachstumsgesellschaft“ (Rosa 2016, S. 722) werden von ihm nicht nur Lösungen für die in seinem Buch beschriebenen vielfältigen Probleme moderner Gesellschaften angeboten, sondern sie beanspruchen zugleich auch, die Leitlinien für eine umfängliche Transformation der Gesellschaft in Richtung einer ökologisch nachhaltigen Sozialformation zu enthalten.

Rosas Buch gehört sicherlich zu den interessantesten Beiträgen der Kritischen Theorie der vergangenen drei Jahrzehnte und hat bereits heftige Debatten ausgelöst. Diese Debatten haben sich bislang primär auf den von Rosa entfaltenen Resonanzbegriff und dessen sozialtheoretische Voraussetzungen konzentriert und dabei nicht mit zum Teil scharfer Kritik gespart.<sup>2</sup> Auch die „romantischen“ politischen Konsequenzen aus Rosas Weltbeziehungslehre gelten einigen seiner Kritiker als suspekt (vgl. Brumlik 2016; Schulze 2016). Die in seiner Resonanztheorie enthaltenen demokratietheoretischen Überlegungen sind dagegen bislang im Schatten der Rezeption verblieben.<sup>3</sup> Zu Unrecht, wie ich meine, denn es finden sich darin wichtige Grundgedanken für die zukünftige institutionelle Entfaltung des Kernbestandes von

<sup>1</sup> Vgl. von Braunmühl (2010), Cattaneo et al. (2012), Muraca (2014) sowie die thematisch einschlägigen Beiträge in Seidl und Zahrt (2010), Helfrich und Böll-Stiftung (2012), Welzer und Wiegandt (2013), Böschen et al. (2014), D’Alisa et al. (2016) und Burkhart et al. (2017).

<sup>2</sup> Zu dieser Einordnung und zur Kritik vgl. Neuhann und Kaczynski (2016), Kutschmann (2016), Farzin (2017), Reckwitz (2017) und Prisching (2017).

<sup>3</sup> Das gilt auch für die ansonsten thematisch breit gefächerten Beiträge in Peters und Schulz (2017).

Demokratie, und Rosa verknüpft diese Überlegungen explizit mit der Postwachstumsdebatte. Das Problem der temporalen Reichweite politischer Entscheidungen hatte Rosa bereits in früheren Arbeiten angesprochen (vgl. Rosa 2005, S. 393 f. und 411 f.). In seinem Resonanzbuch verbindet er seine Forderung nach einer Transformation der gegenwärtigen Gesellschaft nicht nur erstmals mit einem Plädoyer für eine Postwachstumsgesellschaft, sondern verknüpft dies auch explizit mit grundlegenden Überlegungen zur Demokratietheorie, indem er einen neuen, resonanztheoretischen Begründungszusammenhang für den normativen Kern der Demokratie reklamiert und vor diesem Hintergrund die Frage nach den adäquaten Institutionalisierungen von Demokratie neu aufwirft.

Ich möchte im folgenden Beitrag in einem ersten Schritt einen Vorschlag unterbreiten, wie sich der normative Kern des modernen Demokratieverständnisses inhaltlich am besten beschreiben lässt (Abschnitt 2). Vor diesem Hintergrund möchte ich in einem zweiten Schritt die Überlegungen von Rosa zur Demokratietheorie, die sich verstreut in seinem Resonanzbuch finden, in einem systematisch ansetzenden Zugriff rekonstruieren (Abschnitt 3). Rosas Überlegungen weisen zwar einige Ungereimtheiten und Lücken auf, mein Augenmerk soll in einem dritten Schritt aber primär auf die konstruktive Herausarbeitung einer für die aktuelle Demokratietheorie zentralen Einsicht gerichtet sein: der resonanztheoretisch begründeten These, dass jede Form der Institutionalisierung von Demokratie auf die Herstellung von Erfahrungsräumen politischer Selbstwirksamkeit der zu involvierenden Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sein muss (Abschnitt 4). Ausgehend von dieser These werde ich in einem vierten Schritt mehrere Modifikationen der demokratietheoretischen Überlegungen Rosas vornehmen und mit dem von ihm hervorgehobenen Erfordernis positiver Selbstwirksamkeitserfahrungen in der Politik die Brücke zur aleatorischen Demokratietheorie schlagen. Folgt man diesem Argumentationsgang, so gelangt man zu einer von Rosas Vorstellungen abweichenden institutionellen Auslegung der Demokratie, die allerdings den konzeptionellen Vorteil bietet, konkreter angeben zu können, worin sich genau die politischen Selbstwirksamkeitserfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern manifestieren können (Abschnitt 5). Loskammern bzw. ausgeloste Zukunftskammern, so der abschließende Argumentationsschritt, vermögen nicht nur dem Erfordernis positiver Selbstwirksamkeitserfahrungen in der Politik besser entgegenzukommen, sondern sie verfügen zudem auch über das reformpolitische Potenzial einer geeigneten institutionellen Antwort auf die in den gegenwärtigen Routineprozeduren demokratischen Regierens strukturell eingebaute mangelnde oder verspätete Reaktion auf langfristige ökologische Problemlagen (Abschnitt 6). Die Chancen, dass solche Loskammern tatsächlich den ihnen angemessenen Platz im institutionellen Repertoire der modernen Demokratie erhalten werden, stehen momentan nicht besonders gut; es bedarf deshalb eines politikstrategisch klug gewählten Einstiegs für ihren Einsatz, bei dem es sich vermutlich anbietet, ihn zunächst außerhalb ökologischer Themen zu suchen (Abschnitt 7).

## 2 Der Kern des modernen Demokratieverständnisses

Es spricht viel dafür, unter „Demokratie“ nicht einen völlig offenen Begriff im Sinne eines „essentially contested concept“ (Gallie 1956) zu verstehen, sondern ihn als ein „boundedly contested concept“ (Lord 2004, S. 11) zu konzipieren. Trotz aller demokratietheoretischen Kontroversen der Vergangenheit und Gegenwart gibt es einen bis zur griechischen Antike zurückverfolgbaren normativen Kern des Demokratiebegriffs, der im modernen Demokratieverständnis in mehrere Einzelbestandteile aufgefächert ist. Gut beschreiben lässt sich der begriffliche Zusammenhang dieser Bestandteile mit dem strukturalistischen Theoriekonzept, das in der Wissenschaftstheorie mit dem Namen Wolfgang Stegmüllers verbunden ist (1985, S. 153 ff.). Das strukturalistische Theoriekonzept begreift Theorien als eine geordnete Struktur, die aus einem einheitlichen Theoriekern, aus einigen zentralen Brückenprinzipien sowie aus einer offenen Menge sogenannter Anwendungen besteht. Die Entwicklung von Theorien – also die Theoriendynamik – geht diesem Ansatz zufolge (ähnlich wie im Paradigmenkonzept von Thomas S. Kuhn) zumeist von den Rändern, also den Anwendungen aus, und über diesen Weg können sich die Brückenprinzipien und schließlich auch die Bestandteile des Theoriekerns grundlegend verändern.

In institutioneller Hinsicht hat die heutige Demokratie mit ihren antiken Vorläufern bekanntlich kaum mehr gemeinsam als den Namen. In seiner langen ideengeschichtlichen Karriere erfuhr der Demokratiebegriff markante Veränderungen in dem ihm zugeschriebenen institutionellen Inventar, die sich als Strategie einer liberalen Anreicherung bezeichnen lässt (vgl. Buchstein 2016, S. 7 ff.). Die Demokratie wird zunehmend als eine Ordnung betrachtet, die mit einem System von „checks and balances“ versehen werden muss, um auf diese Weise die individuelle Freiheit – der Schutz einzelner Bürger vor Beschlüssen einer demokratischen Mehrheit – sicherzustellen. Die Liste der Vorschläge, wie die Institutionen der Demokratie entsprechend komplettiert werden sollten, ist lang und zeugt von einem hohen Maß an Einfallsreichtum der Autoren vergangener Epochen. Die wichtigsten Elemente, die sich für den institutionellen Bau moderner Demokratien als wirkmächtig erwiesen haben, sind die Gewaltenteilung, der Föderalismus, mehrstufige Repräsentativsysteme sowie institutionelle Garantien von Rechtsstaatlichkeit (z. B. die Unabhängigkeit der Justiz und die Verfassungsgerichtsbarkeit). Auch mit Blick auf die demokratietheoretische Debatte zur Postwachstumsgesellschaft bietet die Anreicherungsstrategie eine Reihe vielversprechender Anknüpfungspunkte. Dazu gehören z.B. die seit Längerem diskutierten Vorschläge für Kompetenzerweiterungen des Umweltministeriums, für die Ausweitung von Grundrechten auf die advokatorische Vertretung zukünftiger Generationen, für neuartige Kompetenzverteilungen in politischen Mehrebenensystemen, für neue Formen eines dezentralen Föderalismus oder für die Schaffung eines Ökologischen Rates (als eine Art Umwelt-Kammer mit aufschiebenden Veto-Rechten gegenüber Regierungs- und Parlamentsentscheidungen).

Trotz der in der Vergangenheit und Gegenwart erfolgten institutionellen Modifikationen ist der normative Kernbestandteil des Demokratiebegriffs vergleichsweise stabil geblieben. Er lässt sich definieren als der Anspruch aller mit Bürgerrechten ausgestatteten Angehörigen einer politischen Gemeinschaft auf vollständige Gleich-

stellung in ihren politischen Artikulations- und Partizipationsrechten.<sup>4</sup> Zwar hat sich gegenüber den antiken Demokratien, in denen Frauen, Sklaven und Metöken keinerlei politische Rechte zugestanden wurden, in modernen Demokratien der Anteil an den Bewohnerinnen und Bewohnern, einer politischen Gemeinschaft, die über gleiche politische Rechte verfügen, massiv ausgeweitet; aber auch heute noch gibt es in ihnen Menschen, denen (aus unterschiedlichen guten oder schlechten Gründen) nicht die gleichen politischen Rechte eingeräumt werden, wie z.B. Kinder, Geflüchtete mit temporärem Aufenthaltsstatus, dauerhaft in Demokratien lebende Menschen ohne die entsprechende Staatsbürgerschaft oder geistig Behinderte. Unabhängig von solchen Exklusionstatbeständen bringt die politische Gleichheit von Bürgerinnen und Bürgern die moralische Gleichheit aller Personen in einer politischen Gemeinschaft zum Ausdruck, und damit stellt die Existenz der Demokratie immer auch eine symbolische Manifestation der Wertschätzung von gleicher politischer Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung dar.<sup>5</sup>

Aus dem egalitären Wertanspruch der Demokratie lassen sich vier Minimalbedingungen des modernen politischen Ordnungstyps Demokratie als deren Brückenprinzipien im Sinne Stegmüllers ableiten. Auf welche Weise die Brückenprinzipien institutionell konkret auszulegen und auszugestalten sind, wird in den gegenwärtigen demokratiethoretischen Debatten kontrovers diskutiert, ohne dass dabei eine Annäherung in Sicht wäre.<sup>6</sup> Die vier Prinzipien lauten:

1. Der Kreis der Autoren und der Kreis der Adressaten der für ein politisches Kollektiv verbindlichen und in einer Verfassung garantierten Regeln sind deckungsgleich.
2. Im Rahmen dieser Regeln werden über den Weg von Abstimmungen oder von allgemeinen, freien und gleichen Wahlen, die
3. in regelmäßigen Abständen eine gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsangehörigen bei der Wahl oder Abwahl des politischen Führungspersonals möglich machen, politische Entscheidungen getroffen.

<sup>4</sup> Zu den institutionellen Differenzen zwischen antiker und moderner Demokratie sowie zum Status von politischer Gleichheit als dem Kernmerkmal bereits des antiken Demokratieverständnisses vgl. aus unterschiedlichen Perspektiven Meier (1970), Finley (1980), Hansen (2005), Ober (2008) und Raaflaub et al. (2007).

<sup>5</sup> Ich schließe mich somit dem intrinsischen Argumentationsstrang der Demokratiebegründung an; vgl. dazu Christiano (2008, S. 75 ff.) und Rinderle (2015, S. 63 ff.). Zur Bedeutung der symbolischen Manifestationen von Demokratie vgl. auch Richter (2016).

<sup>6</sup> Die nahezu unendlichen Möglichkeiten, die vier Brückenprinzipien entlang der unterschiedlichen Antworten auf die großen Fragen der Demokratiethorie zu institutionalisieren, haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einer zuvor nicht gekannten Ausdifferenzierung, Verästelung und Vielfalt der Demokratiethorien geführt. Neben den klassischen Ansätzen wie der liberalen, repräsentativen, elitären, plebisziären, konservativen, sozialistischen und partizipativen Demokratiethorie ist eine ganze Reihe als neu präsentierte Strömungen hinzugekommen. Dazu gehören die pluralistische, feministische, deliberative, neorepublikanische, neoliberale, kommunitaristische, kosmopolitane, assoziative, ökologische, subsidiäre, ethnozentristische, multikulturalistische, postmoderne, reflexive oder die aleatorische Demokratiethorie, um nur eine Auswahl aus dem Angebot der „democracy with adjectives“ (Collier und Levitsky 1997, S. 430) aufzulisten. In der Sprache der strukturalistischen Wissenschaftstheorie sind dies alles konkurrierende „Anwendungen“ an den Rändern von Theoriekern und Brückenprinzipien.

4. Die freie Meinungsäußerung und Interessenwahrnehmung durch gesicherte Rechte der politischen Selbstorganisation und politischen Opposition für alle Bürger sind in sämtlichen Phasen des politischen Prozesses garantiert.

Nicht nur die empirische Demokratieforschung, sondern bereits ein von politikwissenschaftlichen Methoden unbelasteter Blick in die Tagespresse zeigt, wie prekär und voraussetzungsvoll das auch nur halbwegs befriedigende Funktionieren von politischen Systemen ist, die sich an den vier Prinzipien orientieren. Bei allem gesellschaftspolitischen Wandel sind diese Systeme auf ein Mindestmaß an politischer Stabilität angewiesen, weshalb von verschiedenen demokratietheoretischen Richtungen nach geeigneten Stabilitätsankern für die egalitäre politische Kultur einer Demokratie gesucht wird. Dabei wird immer wieder die Bedeutung einer funktionierenden Wohlfahrtstaatlichkeit sowie demokratieaffiner kultureller Werthaltungen herausgestellt. In den vergangenen Jahrzehnten ist aber zunehmend deutlich geworden, dass auch die ökologische Nachhaltigkeit zu den langfristigen Stabilitätsbedingungen von Demokratien gehört. Für das menschliche Leben geeignete stabile Umweltverhältnisse sind ein Erfordernis, das letztlich für die schiere Existenz aller politischen Systemvarianten unabdingbar ist. Für die legitimatorische Akzeptanz und damit für die Persistenz von Demokratien ist dieses Erfordernis deshalb von besonderer Bedeutung, weil die politische Führung in Demokratien in irgendeiner Form unmittelbar darauf reagieren muss, wenn ihr von Seiten einer größeren Zahl an Bürgerinnen und Bürgern umweltpolitisches Versagen vorgeworfen wird.<sup>7</sup>

Hartmut Rosa knüpft an dieses Legitimationserfordernis kritisch an. Seine Analyse der Spätmoderne mündet in der Diagnose eines „Beschleunigungstotalitarismus“ (Rosa 2009, S. 117) und stellt die mit der Spätmoderne zwangsläufig einhergehenden dysfunktionalen Konsequenzen für das Ökosystem heraus (ebd., S. 121 f.). Aus dieser radikalen Gesellschaftskritik speist sich sein engagiertes Plädoyer für eine Postwachstumsgesellschaft. In seinen politischen Überlegungen passt sich Rosa zunächst vergleichsweise unspektakulär in den oben skizzierten normativen Kernbestandteil der Demokratie und den Brückenprinzipien des modernen Demokratieverständnisses ein. Wenn seine Überlegungen zur Demokratietheorie im Folgenden dennoch einer ausführlicheren Betrachtung unterzogen werden, so aus dem Grund, weil Rosa mit seinem Konzept der Selbstwirksamkeit einen wichtigen, aus seiner Resonanztheorie abgeleiteten Impuls für konkrete institutionelle Reformen der modernen Demokratie im Kontext der Postwachstumsdebatte gibt.

<sup>7</sup> Dass die umweltpolitische Leistungsbilanz zu den Faktoren gehört, die die Demokratiezufriedenheit und letztlich auch die Stabilität einer Demokratie mit beeinflussen, ist evident und ein bereits etabliertes Thema der empirischen Demokratieforschung. Auf der Ebene der normativen Demokratietheorie wäre es ein großer Schritt, wenn es bereits im begrifflichen Zugriff gelänge, die von Jürgen Habermas und anderen Verfechtern der modernen Demokratietheorie postulierte begriffliche „Gleichursprünglichkeit“ der rechtsstaatlichen und der partizipativen Dimensionen des modernen Demokratieverständnisses mit dem Einbezug der ökologischen Nachhaltigkeitsdimension um eine dritte, ebenfalls als gleichursprünglich anzusehende Dimension des modernen Demokratieverständnisses zu ergänzen. In diese Richtung zielende Überlegungen könnten anschließen an John Stuart Mills Theorie des „stationary state“ in seinen *Principles of Political Economy* von 1848 (vgl. Buchstein und Hummel 2017, S. 163 f.).



### 3 Hartmut Rosas Resonanztheorie der Demokratie

Hartmut Rosa hat seine Demokratietheorie in seinem Resonanzbuch nicht systematisch entfaltet. Seine auf mehrere Kapitel verstreuten Überlegungen zu diesem Thema sollen deshalb zunächst erst einmal in ihrem argumentativen Zusammenhang rekonstruiert werden. Im Folgenden möchte ich also zunächst Rosas demokratietheoretischen Argumentationsgang etwas genauer nachverfolgen, um im nächsten Abschnitt die Aufmerksamkeit auf einige Ungereimtheiten zu lenken. Anschließend möchte ich dann eine zentrale Einsicht aus dem Buch von Rosa zum Ausgangspunkt weiterführender Überlegungen zur Frage der angemessenen Institutionalisierung der Demokratie im Hinblick auf die Postwachstumsproblematik nutzen. Rosas demokratietheoretischer Argumentationsgang lässt sich als Abfolge von fünf Schritten rekonstruieren:

(1) Grundlegend für seine Demokratietheorie ist zunächst sein resonanztheoretisch ausbuchstabiertes *Verständnis von politischem Handeln*. Auch für Rosa sind moderne Gesellschaften in ihren Handlungssphären funktional differenziert. Politik versteht er zusammen mit Familie und Freundschaft als eine Handlungssphäre, die er zur horizontalen Dimension von Resonanzbeziehungen zählt (im Unterschied zur diagonalen Dimension mit ihren Beziehungen zur Dingwelt und im Unterschied zur vertikalen mit ihren Beziehungen zur Welt als einer Totalität). Horizontale Resonanzbeziehungen kommen in gelungenen Formen von gegenseitiger Anerkennung zur Geltung (Rosa 2016, S. 332). Nun bleibt in der gegenwärtigen Gesellschaft Rosa zufolge in der Sphäre der Politik – ganz anders als in den Sphären von Freundschaft und Familie – das horizontale Resonanzpotenzial weitgehend unartikuliert und haben Anerkennungsbeziehungen dort kaum eine Entfaltungschance. Diesem Verlust versucht er etwas entgegenzusetzen. In den Schlusspassagen seines Buches plädiert er für eine „Wiedergewinnung einer Form demokratischer Gestaltung, die in der Politik nicht prädominant die Sphäre des Interessenkampfes, des Konfliktaustrags und der Durchsetzung von Rechten sieht, sondern Demokratie als Instrument zur Anverwandlung der öffentlichen Institutionen, der prägenden Hintergrundstrukturen und der geteilten Lebenswelt begreift und deshalb Chancen für die Erfahrung genuiner kollektiver Selbstwirksamkeit [eröffnet]“ (S. 760 f.).<sup>8</sup> In dieser Formulierung finden sich in verdichteter Form drei zentrale Komponenten seines Verständnisses von politischem Handeln, die das gesamte Buch durchziehen.

Die erste, intrinsische Komponente entwickelt Rosa in Anschluss an die Bilanzierung der zeitgenössischen Glücksforschung durch Bruno S. Frey und andere, wonach die Lebenszufriedenheit der Menschen unmittelbar mit ihren Möglichkeiten zur politischen Mitsprache und Teilhabe korreliert (S. 369 f.). Danach komme es weniger auf die individuelle Zufriedenheit mit den Ergebnissen politischen Handelns, also dem Output an, sondern auf den einbeziehenden Prozess des politischen Gestaltens, den Input. Dieser Bogen zu den Befunden der Glücksforschung ist für Rosas Politikbegriff insofern von zentraler Bedeutung, als sich damit sein Anschluss an die Psychologie der Selbstwirksamkeitserwartung (vgl. S. 269 ff.) demokratietheoretisch plausibilisieren lässt. Die Grundannahme des Ende der 1970er-Jahre vom

<sup>8</sup> Diese und die folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich sämtlich auf Rosa (2016).

kanadischen Persönlichkeitspsychologen Albert Bandura eingeführten Konzepts der Selbstwirksamkeit lautet, dass es für die menschliche Lern- und Handlungsfähigkeit und damit für die Lebenszufriedenheit insgesamt darauf ankommt, dass Individuen sich zutrauen, auf ihre Umwelt Einfluss zu nehmen, neue Herausforderungen zu bewältigen und etwas planvoll bewirken zu können. In den vergangenen Jahrzehnten haben Forschungen zu verschiedenen Lebensbereichen die Annahme Banduras empirisch bestätigt und dessen Konzept der Selbstwirksamkeitserwartung weiterentwickelt. Rosa unterscheidet zwischen zwei sozialtheoretischen Deutungen dieser Befunde, einer „instrumentalistisch-kausalistischen“ und einer „resonanztheoretischen“ (S. 274). Gemäß der von ihm präferierten resonanztheoretischen Deutung geht es bei positiven Selbstwirksamkeitserfahrungen nicht um die Fähigkeit, mit unseren Handlungen konkrete Ziele zu erreichen, indem wir die natürliche und soziale Umwelt berechnen und im eigenen Interesse beherrschen, sondern um die „beziehungsstiftende Qualität“ (ebd.) unserer Handlungen. Diese Deutung überträgt Rosa auch auf das Handeln im Bereich der Politik. Danach ist es Individuen weniger wichtig, welche konkreten Ergebnisse sie letztendlich mit ihren politischen Aktivitäten bewirken konnten, sondern es geht um das Erlebnis der Erfahrung, selbst etwas zu bewirken: „das intrinsische Interesse an einem Weltausschnitt oder Tätigkeitsbereich [steigt] nicht mit dem Erfolg oder der ‚Belohnung‘ für ein Engagement, sondern mit der Erfahrung, *selbst etwas bewirken*, Welt erreichen zu können“ (ebd.). Rosa zufolge ist es demnach weniger die instrumentelle Komponente von politischen Handlungen, die für gelingende Erfahrungen von Selbstwirksamkeit im Feld des Politischen ausschlaggebend ist, sondern ihre intrinsische Komponente.

Die zweite, kollektive Komponente seines Verständnisses von politischem Handeln entfaltet Rosa erneut in Anschluss an Bandura und dessen Studien über die schulische Unterrichtsforschung sowie unter Rückgriff auf Hannah Arendt und insbesondere Nancy Loves Buch *Musical Democracy* (2006). Er überträgt dabei das Konzept der Selbstwirksamkeitserwartung zunächst auf Gruppen von ganz unterschiedlicher Größe. In bestimmten Situationen oder Formen des gemeinsamen Handelns – das gilt für eine Schulklasse ebenso wie für größere und weniger stabile soziale Gruppen – können Individuen nicht nur erleben, dass sie sich wechselseitig erreichen, sondern sie können auch ihre Fähigkeit erleben, gemeinsam etwas zu erreichen, zu beeinflussen und zu verändern. Rosa nennt sein Politikverständnis einen „demokratischen Ästhetizismus“ (Rosa 2016, S. 368), den er in Analogie zu musikalischen Praktiken erläutert. Anders als das Singen als Einzelperson käme es beispielsweise im gemeinsamen Chorgesang zu einer kollektiven Erfahrung der wechselseitigen Selbsttransformation (S. 496 f.). In Analogie zum Chorsingen begreift Rosa auch die Politik als Medium, in dem die Subjekte sich wechselseitig hörbar und erreichbar machen und gleichzeitig in ihrem Selbstverständnis transformiert werden können. Ein solches „gemeinsames Gestaltenkönnen“ (S. 275), eine solche Erfahrung kollektiver Gestaltungsmacht, gehört für Rosa zu den für ein gelingendes menschliches Leben fundamentalen Erfahrungen. Die kollektive Komponente in Rosas Politikverständnis entspricht dem „mitgestaltenden Einwirken“ bei Gerhard Schulze im Unterschied zum Handlungs- und Beziehungsmodus des „individuellen Auswählens“ (vgl. Schulze 1992, S. 201 f.).

Die dritte, alteuropäische Komponente des Politikverständnisses ist demgegenüber sehr am Mainstream der zeitgenössischen Staatsrechtslehre und Politikwissenschaft orientiert. Rosa dringt darauf, dass das verfassungsrechtlich und in der politischen Kultur moderner Demokratien verankerte Primat der Politik gegenüber den übrigen Funktions- und Wertsphären der Gesellschaft wie der Ökonomie, dem Rechtssystem oder der Wissenschaft „nicht einfach ein semantisches Überbleibsel ‚Alteuropas‘ ist“, sondern eine „funktional unverzichtbare Voraussetzung“ (Rosa 2016, S. 380) dafür, dass die Entfremdung zwischen den einzelnen Menschen und den sie umgebenden sozialen Institutionen und Strukturen überwunden werden kann.<sup>9</sup>

(2) Ausgehend von diesem Verständnis von politischem Handeln bedarf es nur einiger weniger ergänzenden Striche, um das resonanztheoretische *Demokratieverständnis* von Rosa nachzuzeichnen. Eine gelingende horizontale Resonanzbeziehung liegt in der Sphäre der Politik dann vor, wenn „die Strukturen und Institutionen des öffentlichen Lebens in dem und durch das Medium der demokratischen Politik anverwandelt und ihre Repräsentanten, die Herrschenden, in ein Antwortverhältnis zu den Subjekten gebracht werden können“ (S. 365).

Rosa setzt sich mit diesem Verständnis mehr oder weniger explizit von drei in der zeitgenössischen Politikwissenschaft miteinander konkurrierenden demokratietheoretischen Ansätzen ab: erstens von radikalen Systemtheorien Luhmann'scher Provenienz, in welchen die Demokratie als politische Form eines gesellschaftlichen Subsystems ohne gesamtgesellschaftliche Steuerungskompetenz beschrieben wird, zweitens von Rational-Choice-Theorien, die sich ausschließlich auf die Aggregation individueller Nutzenpräferenzen im Sinne einer instrumentellen Rationalität konzentrieren, sowie drittens von Theorien der deliberativen Demokratie in Anschluss an Habermas, da diese „einseitig kognitionslastig“ seien und den Bürgern lediglich den rationalen Nachvollzug kollektiv verbindlicher Entscheidungen zuwiesen (S. 366).

Demgegenüber basiert Rosa zufolge die Demokratie „fundamental auf der Vorstellung, dass ihre Form der Politik jedem Einzelnen *eine Stimme gibt und sie hörbar macht*, so dass die politisch gestaltete Welt zum Ausdruck ihrer produktiven Viestimmigkeit wird“ (ebd.). Demokratie avanciert in dieser Definition zu mehr als einem bloßen politischen Ordnungssystem, sie wird zu einer „Lebensform“, der Rosa deshalb die Kraft zuschreibt, „massenhafte Begeisterung an vielen Orten der Welt“ auszulösen (S. 364). Das „große Versprechen der Demokratie“ sei über mehr als zwei Jahrhunderte hinweg zu einem „Sehnsuchtswort“, zu einem „Sehnsuchtsziel“ geworden (ebd.). Das von Rosa verfochtene Demokratieverständnis ist das einer partizipativen Demokratie in der Tradition des (radikaldemokratischen) Republikanismus, wie er in der modernen Demokratietheorie vor allem von Benjamin Barber verfochten worden ist (vgl. Buchstein und Schmalz-Bruns 1994).

(3) Erst durch die Brille dieses anspruchsvollen Politik- und Demokratieverständnisses lässt sich die Vehemenz der *demokratiepolitischen Pathologie- und Krisendiagnose* verstehen, die das gesamte Buch von Rosa durchzieht. Generell sieht er die modernen Gesellschaften in einer Trias von „großen Krisentendenzen“ gefangen, zu der, neben der ökologischen Krise der Welt und einer Psychokrise spätmoderner Indi-

<sup>9</sup> Zu dieser expliziten Positionierung gegen Luhmann vgl. bereits Rosa (2005, S. 301 f.).

viduen, auch eine tiefgreifende „Demokratiekrise“ hinzugekommen ist (Rosa 2016, S. 77). Diese Demokratiekrise hat ihre primäre Ursache weniger im Output des politischen Prozesses – also z.B. der mangelhaften Berücksichtigung der heterogenen Interessen innerhalb einer Gesellschaft oder der objektiv schlechten Politikergebnisse –, sondern in der Art und Weise, wie das gegenwärtige demokratische Regieren von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird.

Rosa entfaltet seine Krisendiagnose auf mehreren Argumentationsebenen. Zunächst referiert er die Vorwürfe seitens politikverdrossener Bürger an die Adresse der Politik, wie z.B. die verbreitete Ansicht, Politiker und politische Institutionen seien ihnen gegenüber indifferent und interessierten sich nicht wirklich für die Belange der Bürger, oder sie seien gar korrupt und wirtschafteten in die eigene Tasche. Rosa sieht diese Vorhaltungen als Symptome eines politischen Entfremdungssyndroms. Offensichtlich konzeptualisierten Politiker ihr Handeln „nicht als Antworthandeln“, sondern als „sachzwangdominiertes, alternativloses Reagieren auf strukturelle Anpassungszwänge“ (S. 364). Rosa sieht den „Resonanzdraht“ zwischen Politikern und Bürgern „wechselseitig blockiert“ und das politische Repräsentationsverhältnis als ein „starres, verhärtetes“ Verhältnis, welches „kaum noch Formen der Verflüssigung kennt“ (ebd.).

Auf einer zweiten, gesellschaftsstrukturell ansetzenden Argumentationsebene spricht Rosa von einer „Verfallsstufe demokratischer Ordnung“ (ebd.) und schließt sich Colin Crouchs Postdemokratie-Diagnose an. Bei Crouch sind die Institutionen der liberalen Demokratie in ihren Fassaden zwar im Wesentlichen intakt, für die getroffenen inhaltlichen Entscheidungen bleibt es aufgrund der Strukturvorgaben aber nahezu gleichgültig, welchen Ausgang die demokratischen Wahlen hatten (S. 375). Zu dieser Argumentation gehört auch Rosas in anderen Publikationen ausführlicher dargelegte These, dass die zeitaufwändige demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung den Imperativen einer auf Beschleunigung programmierten sozialen Ordnung nicht mehr gewachsen ist. Demokratische Politik erscheine deshalb kaum mehr als Impulsgeber und Schrittmacher von gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern weit eher als „hinterherhinkende oder sich durchwurstelnde Feuerwehr“ (S. 376).

Rosa spitzt seine Krisendiagnose in einem dritten Schritt weiter zu, indem er die tieferliegende Ursache für die gegenwärtige Malaise in einer falschen demokratietheoretischen Weichenstellung im kognitiven Repertoire der modernen Gesellschaft ausmacht. Seine These lautet, dass die „in und durch die Politik gestiftete Weltbeziehung eine prädominant *stumme*“ (S. 363) bleibe, da es in ihr primär darum gehe, die eigenen Interessen gegen konkurrierende durchzusetzen oder zu verteidigen. Rosa zufolge hat sich bei weiten Teilen der Bevölkerung eine „liberalindividualistische Auffassung der Demokratie“ durchgesetzt, in welcher die Politik „das Feld des (oft antagonistischen) Austrags von Interessenkonflikten“ (ebd.) in Wahlkämpfen, Koalitionsbildungen und lobbyistischer Einflussnahme ist. Demokratie wird in erster Linie als die Organisation eines Entscheidungsfindungsprozesses durch Aggregation von Einzelinteressen und durch Kompromissbildungen verstanden. Wichtig für seinen weiteren Argumentationsgang ist sein Hinweis, dass es in der Spätmoderne – anders als in der Antike und im christlichen Mittelalter – keine transzendente, alles übergreifende Sinnstruktur des Politischen mehr gibt. Stattdessen sind die kol-

lektiven Bedingungen, unter denen Menschen politisch handeln, als kontingentes Ergebnis historischer Konstruktions- und Aushandlungsprozesse durchschaut worden und damit kritisierbar geworden. Dadurch verschärfe sich aber das Problem eines resonanzlosen, ja sogar antagonistischen Verhältnisses zwischen den Bürgern auf der einen und den Institutionen und Praktiken der öffentlichen Sphäre auf der anderen Seite auf „nahezu dramatische Weise“ (ebd.). Denn sobald die kollektiven Bedingungen des Handelns den Freiheits- oder Handlungsspielraum von liberal gestimmten Individuen einengen, werden sie von diesen sofort „als etwas Äußerliches, Vorgefundenes, Fremdbestimmtes erfahren“ (ebd.) und stoßen auf Ablehnung und Protest. Als alltagspraktische Beispiele führt Rosa in diesem Zusammenhang die Unzufriedenheiten im Umgang mit Ämtern und Behörden oder die verbreitete Schelte gegenüber der EU-Bürokratie an.

Rosa ist davon überzeugt, dass es in spätmodernen Gesellschaften unmöglich geworden ist, diese Probleme einfach auszusitzen oder auf eine Deflationierung der hochgestimmten Erwartungen an die Demokratie zu hoffen. Die politische Entfremdung und Politikverdrossenheit mögen zum Teil darin begründet liegen, dass sich die Resonanzexpectationen und -sehnsüchte der Menschen nur selten explizit und bewusst auf den Bereich des politischen Handelns richten. Das bedeutet aber nicht, dass an die Politik – wenn auch vielfach unbewusst oder nicht klar artikuliert – nicht dennoch große Resonanzexpectationen adressiert werden. Mit der Lücke zwischen Resonanzexpectationen an die Politik und faktischen Resonanzenttäuschungen erklärt Rosa die immer wieder neu aufflammenden lautstarken Proteste von zivilgesellschaftlichen Akteuren bis hin zu „Wutbürgern“ und populistischen Bewegungen mit ihren Erregungs-, Empörung- und Mobilisierungswellen. Unter Rückgriff auf Befunde der neueren politischen Kulturforschung sieht er darin einen Ausdruck von geringen oder mangelnden positiven politischen Selbstwirksamkeitserfahrungsmöglichkeiten, die im Gegenzug dann eine falsch adressierte „Empörungsresonanz“ (S. 379) provozieren. Solche politischen Artikulationen im Modus der Empörung fallen deshalb so heftig aus, weil die bestehende Demokratie „keine Resonanzsphäre mehr bildet“, sie „den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zu antworten scheint“ und „die demokratische Anverwandlung der kollektiv geteilten Welt nicht mehr gelingt“ (S. 77) – mit anderen Worten: weil sie nicht genügend Resonanzräume für das berechtigte Verlangen der Bürger nach kollektiver Selbstwirksamkeit bietet.

(4) Vor dem Hintergrund dieser umfassenden Krisendiagnose findet Rosa, so sein folgender Argumentationsschritt, die Dramaturgie für eine *reformpolitische Entscheidungssituation* vorbereitet. Da es modernen Demokratien aufgrund ihres Resonanzverlustes unmöglich sein soll, sie auf dem bisherigen politischen Level zu stabilisieren, sieht er letztlich nur zwei alternative zukünftige Entwicklungspfade. Der erste Pfad soll als eindringliche Warnung dienen, den zweiten verknüpft er mit einer vorsichtigen Hoffnung.

Der erste aus der momentanen Situation herausführende Pfad mündet in ein weiteres Erstarken populistischer Bewegungen von Wutbürgern mit der Aussicht, dass sich daraus autoritäre oder faschistische Regimes entwickeln. Rosa interpretiert den zeitweiligen Erfolg der Nationalsozialisten in Deutschland im 20. Jahrhundert als pathologischen Modus der Erfüllung von politischen Resonanzsehnsüchten unter der Bevölkerung, der auf der virtuosen Inszenierung von Echokammern für eine

imaginierte Volksgemeinschaft gründete. Die in den faschistischen Massenaufmärschen erlebten Resonanzerfahrungen waren nach Rosas Auffassung nur scheinbare und keine wahren, da sie indirekt auf der „Repulsion“, der rassistischen Abgrenzung gegen andere soziale Gruppen basierte (S. 370 f.).<sup>10</sup>

Wie sich in einem zweiten, alternativen Entwicklungspfad die Resonanzqualität der Demokratie verbessern oder überhaupt erst wiederherstellen lassen soll und welche Gestaltungs- und vor allem Verständigungsinstrumente für die Etablierung eines resonanzsensiblen politischen Systems geeignet sind, gehört laut Rosa zu den „schwierigsten Fragen des anvisierten Transformationsprozesses überhaupt“ (S. 732). Er räumt ein, dass die Konzeptualisierung und Konstruktion von demokratischer Politik als Resonanzsphäre „überaus voraussetzungsreich ist und ein beträchtliches Potential für Resonanzpathologien“ (S. 380) im Sinne des erstgenannten Pfades berge. Für den weiteren Bestand der Demokratie sei ihre Transformation in Richtung Resonanzsensibilität aber unverzichtbar.

(5) Im letzten Schritt von Rosas Argumentation findet sich keine in ihren institutionellen Details fertig ausgearbeitete Antwort auf die demokratische Frage. Eine solche Antwort ließe sich schon deshalb nicht vom akademischen Reißbrett aus geben, weil jeder Versuch des Entwurfs einer Blaupause für die angestrebte demokratische Transformation einem „Akt der Resonanzverdinglichung“ (S. 732) gleichkäme. Der Spätmoderne fehle es weniger an einem kompakten Reformprogramm oder an einem klaren institutionellen Plan, sondern an „einer spürbaren, fühlbaren Vision einer anderen Art der Weltbeziehung“ (S. 737).

In seinen verstreuten und cursorischen Bemerkungen zur Lösung der demokratischen Frage deutet Rosa aber doch zumindest die Konturen einer resonanztheoretisch inspirierten *demokratiepolitischen Reformagenda* an. Ihm geht es darum, zum einen die „kollektive[n] Selbstwirksamkeitsüberzeugung[en]“ (S. 275) der Bürger zu stärken und zum anderen hierfür Formen zu finden, „die einen politischen Resonanzraum auch unter den Bedingungen globaler Vernetzung zu etablieren vermögen“ (S. 379).<sup>11</sup> Grundsätzlich geht Rosa dabei von der Vermutung aus, dass aufgrund des unstillbaren politischen Resonanzverlangens der Bürger einige der gesuchten neuen Institutionen längst in „neue[n] Formen des Zusammenhandelns und des gemeinschaftlichen Gestaltens“ (ebd.) im Entstehen begriffen sind.<sup>12</sup> Dieses Resonanzverlangen sieht er auch als treibende Kraft von emanzipatorischen Protestbewegungen, und in diesem Sinne deutet er den „hörbare[n] Schrei nach Antwort“ in den Stimmen von Protestbewegungen nicht nur als einen Ausdruck von Verzweiflung, sondern als möglichen „Beginn eines neuen politischen Zeitalters“ (ebd.).

<sup>10</sup> Zur Problematik der Unterscheidung von wahren und scheinbaren Resonanzerfahrungen vgl. Reckwitz (2017, S. 189 ff.).

<sup>11</sup> Rosa weicht mit der Proklamation einer Reformagenda die von ihm vormals vertretene skeptische Vermutung auf, wonach die Demokratie als Herzstück des politischen Projekts der Moderne grundsätzlich inkompatibel mit den veränderten sozialen Randbedingungen der Spätmoderne sei (vgl. Rosa 2005, S. 396 und 403 ff.; 2012, S. 357 ff.).

<sup>12</sup> Damit revidiert Rosa zugleich seine frühere Diagnose, wonach das kapitalistische Aktivierungsregime die Bürgerinnen und Bürger zwar unternehmerisch mobilisiere, ihre politische Mobilisierung aber nahezu unmöglich mache (vgl. Rosa 2009, S. 219 f.).

Seinen diesbezüglich zugegebenermaßen knappen Ausführungen im Buch lässt sich eine Reformagenda mit vier Vorschlägen entnehmen. Sie umfassen

- die Wiederaneignung von kommunalen Institutionen durch Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise der Energieversorgung samt der dazugehörigen Infrastruktur (S. 380);
- die kreative Weiterentwicklung von Genossenschaften oder experimentelle Praktiken der Share Economy und der Transition Towns (S. 734);
- die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, finanziert aus einer möglichst globalen Erbschaftssteuer. Ein solches Grundeinkommen soll eine Brücke zwischen den notwendigen institutionellen Reformen in der Gesellschaft und einer Veränderung der kulturellen Daseinsweise schlagen helfen (S. 729 ff.).
- und schließlich „grundlegende institutionelle Reformen [...], insbesondere im Bereich der Ökonomie“ (S. 725). In Anschluss an Überlegungen von Klaus Dörre und Tilo Wesche spricht sich Rosa für „wirtschaftsdemokratische Institutionen“ (S. 726) aus, die mit so weitreichenden Kompetenzen ausgestattet sind, dass sie die Entscheidungen über die Produktionsziele sowie die Produktionsformen und -mittel an die von den Bürgern gewünschten Maßstäbe eines gelingenden Lebens zurückzubinden vermögen. Rosa erhofft sich auf dieser Grundlage eine Überwindung der kapitalistischen Steigerungslogik und eine harmonische Einbettung des Marktgeschehens und wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes in das soziokulturelle Leben der Gesellschaft.

In der Summe sieht Rosa mit diesem Reformtableau den „Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft“ (S. 736) begonnen. Potenzielle „trade-offs“ bei der Realisierung zwischen den vier Vorschlägen oder deren machtpolitischen Durchsetzungschancen werden von ihm nicht näher thematisiert. Stattdessen setzt er auf den Mut zu mehr gesellschaftspolitischen Experimenten und beschließt sein Buch mit der Hoffnung spendenden Formulierung „eine bessere Welt ist möglich“ (S. 762).

#### 4 Ein Vorschlag zur Modifikation der Überlegungen von Rosa

Für in der Kritik Geübte ist es keine große Kunst, bei den teils im Programmatischen, teils im Fragmentarischen verbleibenden Überlegungen zur Demokratietheorie in Rosas Umriss einer Resonanztheorie offene Angriffsflächen zu finden, Ungereimtheiten zu monieren oder Lücken zu lokalisieren. Zielführender finde ich den Versuch, an brauchbaren Einsichten, die sich aus der Lektüre des Ansatzes ergeben, anzuschließen und seine Überlegungen weiterzuführen. Zuvor sei aber wenigstens kurz auf einige der offensichtlichsten Schwachpunkte in den demokratietheoretischen Ausführungen Rosas hingewiesen.

(a) Eine erste Angriffsfläche bietet der drastische Tenor der Krisendiagnose Rosas. Warum soll es nicht möglich sein, dass die Demokratie in mehr oder weniger resonanzlosen Zuständen – so wie es in anderen Bereichen des alltäglichen Lebens auch geschieht –, von einem gewissen Unmut begleitet, weiterwuschelnd am Leben erhalten werden kann? Nach der Lektüre des Buches kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als solle die drastische Krisenrhetorik vor allem dazu dienen, der

kulturkritisch inspirierten sozialphilosophischen Agenda Rosas stärkeren Nachdruck zu verleihen. (b) Auch die in Rosas Zeitdiagnose mitschwingende Zuspitzung auf zwei einander rigoros entgegenstehende Pfade, die aus der gegenwärtigen Malaise herausführen, überzeugt nicht. Eher lässt sie die Erinnerung an das wenig hilfreiche revolutionäre Vokabular von „Sozialismus oder Barbarei“ wach werden. Warum soll es – entgegen Rosas Forderung nach „grundlegende[n] institutionelle[n] Reformen“ (S. 725) – nicht möglich sein, die meisten der institutionellen Elemente der bestehenden Demokratie beizubehalten, sie aber gleichwohl stärker für politische Selbstwirksamkeitserfahrungen zu öffnen? (c) Auch finden sich Unstimmigkeiten hinsichtlich des Bürgerstatus in Rosas demokratischer Vision. Einerseits beschreibt er seine dem normativen Projekt der Moderne verpflichtete Reformagenda als „notwendig [...] liberal, demokratisch und pluralistisch“ (S. 728). An anderer Stelle heißt es dann aber, es bedürfe einer Organisation des Politischen, in der es nicht in erster Linie um Fragen „des Interessenkampfes, des Konfliktaustrags und der Durchsetzung von Rechten“ (S. 761) gehe. Die Formulierungen stehen in einem gewissen Kontrast zueinander. Ist die zweite Formulierung lediglich als ein wohlmeinender republikanischer Tugendappell gemeint oder verbirgt sich darin der Wunsch nach einer Einschränkung von individuellen Rechtsansprüchen und Freiheiten? Diese Unklarheit wirft zumindest die Frage auf, welche Position der bekennende Kommunitarist Rosa im Hinblick auf die individuellen Rechte (und deren Durchsetzung) tatsächlich genau vertritt. (d) Schließlich irritieren einige Formulierungen Rosas, in denen mit Blick auf heutige politische Resonanzenerfahrungen von „Verlust“, „Verfall“, „verloren“, „zurückgewinnen“ oder „wiederherstellen“ die Rede ist. Der durch diese Wortwahl vermittelte Eindruck, dass es um die politische Resonanzfähigkeit in modernen Demokratien vor einigen Jahrzehnten deutlich besser bestellt gewesen sei, wird durch seine gesellschaftstheoretische Analyse nicht gedeckt. Der nostalgische Tenor seiner Wortwahl mutet auch deshalb unplausibel an, weil Rosa die Geschichte der Moderne nicht als Resonanzkatastrophe, sondern als die einer gesteigerten Resonanzsensibilität schildert. Aus einer solchen Perspektive war es früher höchstens deshalb einmal besser, weil damals in der Gesellschaft geringere Resonanzenerwartungen an die Politik adressiert worden sind.

Ganz unabhängig davon, ob diese Kritikpunkte nun berechtigt sind oder nicht, bleibt meines Erachtens eine zentrale demokratietheoretische Einsicht aus Rosas Buch von dieser Kritik unberührt: sein Ansinnen, das Phänomen der Selbstwirksamkeitserfahrung in das argumentative Zentrum der Demokratiediagnose und den daran anknüpfenden Vorschlägen zur Demokratiereform zu rücken. Allerdings bedürfen Rosas Überlegungen drei Modifikationen, um sie für eine politikwissenschaftlich informierte Reformpolitik besser anschlussfähig zu machen.

(a) Die erste Modifikation betrifft den *Bezugsraum der Reformagenda*. Hier bestehen Rosas Vorschläge entweder aus im Kleinen ansetzenden Alltagspraktiken einer Share Economy oder im Bereich der kommunalen Infrastruktur oder aus am Großen ansetzenden Forderungen nach grundlegenden Eingriffen in die Organisation von Wirtschaftsbetrieben und kapitalistischer Marktlogik. Hinter diesen Vorschlägen steht offenbar die (durchaus plausible) These, dass die demokratische Praxis ein ihr entgegenkommendes gesellschaftliches Umfeld benötigt. Solange die Gesellschaft sich auf einen sich weiter beschleunigenden kapitalistischen Wachstumskurs



befindet, ist ein solches entgegenkommendes Umfeld nicht vorhanden. Rosa reagiert darauf mit einer demokratiepolitischen Ausweichstrategie, bei der die Frage nach den konkreten Reformen der politischen Kern-Institutionen moderner Demokratien, wie Regierungen, Parlamenten oder politischen Parteien, nahezu vollständig aus dem Blickfeld gerät. Andere Theoretiker einer Transformation in Richtung Postwachstumsgesellschaft wie Paul Mason oder Erik Olin Wright erinnern demgegenüber zu Recht daran, dass es ohne den gleichzeitigen demokratischen Zugriff auf zentralisierte staatliche Maßnahmen keine größeren Fortschritte in diese Richtung geben kann (vgl. Mason 2016, S. 342 f.; Wright 2017, S. 243 ff.). Das diesbezügliche Manko bei Rosa ist umso auffälliger, als er in seinem Buch ansonsten mehrfach auf das Primat der Politik gegenüber den übrigen Funktions- und Wertsphären der Gesellschaft insistiert und in der staatlichen Steuerungskompetenz die funktional unverzichtbare Voraussetzung für die politische Gestaltung der Gesellschaft unter den Bedingungen globaler Vernetzung sieht. Nun ließe sich gegen den Versuch, das klassische institutionelle Repertoire moderner Demokratien weiter als bisher geschehen auszureizen, einwenden, dass diese Institutionen in einer sich immer weiter beschleunigenden kapitalistischen Wachstumsgesellschaft von vornherein ungeeignet sind, um politisch auf die Entwicklung der Gesellschaft einzuwirken. Rosa selbst betont aber, dass es sehr wohl die Möglichkeit gibt, Resonanzachsen und Resonanzsphären willentlich „allmählich [zu] verschieben und [zu] verstärken“ (Rosa 2016, S. 759). Ähnlich wie Wright spricht er sich für eine schrittweise vorgehende Transformationsstrategie aus, die – ungeachtet der dominierenden gesellschaftlichen Imperative – an Institutionen anknüpft, die „bereits im Entstehen begriffen“ sind (S. 379). Die erste Modifikation des reformpolitischen Ansatzes von Rosa besteht deshalb im Sinne seines produktiven Festhaltens an der „alteuropäischen“ Rolle politischer Steuerung in der Suche nach Reformoptionen, welche die wirkmächtigen institutionellen Herzkammern moderner Demokratien stärker einbeziehen.

(b) Die zweite Modifikation setzt bei Rosas Verständnis von *politischem Handeln* an, so wie er es mithilfe seiner Analogiebildung von Musik und Politik entfaltet. Rosa schildert Musik als ein Medium, das es nahelegt, die je eigene Form der Weltbeziehung im ästhetischen Mitvollzug zu modulieren und zu transformieren. Analog dazu begreift er die Prozeduren der Demokratie in Anschluss an Rousseau und Nancy Love als eine fortgesetzte Modulation und Moderation der kollektiven Weltbeziehungen sowie der je eigenen Rolle der beteiligten Bürgerinnen und Bürger darin. Von hier schlägt er den Bogen zu den Politikbegriffen von George Kateb und Hannah Arendt (S. 366 ff.). Unklar bleibt, wie ein derart hochgestimmter Politikbegriff den Übergang zu einer politiktheoretischen Betrachtung dessen bereitstellen soll, was man als den Routinebetrieb oder die Routinefragen von demokratischer Politik in modernen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaften bezeichnen kann. Gemeint sind damit beispielsweise politische Verteilungskonflikte bei Themen wie der Rentenreform oder der Steuergesetzgebung, politische Interessenkonflikte bei der Energiegesetzgebung, Arbeitszeitpolitik oder der Bildungspolitik, ganz zu schweigen von solchen bürokratisch anmutenden Themen wie der Straßenverkehrsordnung, der Krankenkassengesetzgebung oder dem Bauplanungsrecht. Das Politikverständnis Rosas, das er mit Beispielen gemeinsam singender Demonstranten oder den die Protestbewegungen der sogenannten 68er-Generation begleitenden musikalischen

Praktiken bebildert, basiert auf einem Begriff des Politischen, der für politische Ausnahme- und Umbruchsituationen passt und für das Verständnis solcher Situationen wie dem Zusammenbruch der DDR von großer Bedeutung ist. Für die mindestens ebenso notwendigen kleinen Dinge bei der Ausgestaltung von politischen Detailmaterien in komplexen Gesellschaften ist das Politikverständnis des demokratischen Ästhetizismus hingegen weniger geeignet. Eher nährt es die Ansicht, die Entscheidung über solche vermeintlich unmusikalische Themen als Verwaltungsangelegenheiten zu betrachten und sie damit aus dem Bereich der demokratischen Selbstregierung zu verbannen. Diese Konsequenz kann man vermeiden, indem man mit Andreas Reckwitz (2017, S. 194) im Ergebnis einer kritischen Reflexion von sinnvollen Resonanzenerwartungen zur Verordnung einer strikten „Resonanzdiät“ gelangt. Eine andere Möglichkeit bietet die zweite Modifikation des reformpolitischen Ansatzes von Rosa, die darin besteht, innerhalb seines Referenzrahmens nach Reformoptionen Ausschau zu halten, die sich für die demokratische Bearbeitung von Routinefragen des politischen Geschehens eignen.

(c) Die dritte Modifikation nimmt ihren Ausgangspunkt bei Rosas sozialphilosophischer Deutung der empirischen Befunde aus der psychologischen *Selbstwirksamkeitserwartungsforschung*. Wie geschildert, nimmt er eine Unterscheidung zwischen zwei Deutungsmöglichkeiten dieser Befunde vor, einer resonanztheoretischen und einer instrumentalistischen. Rosa spricht im Hinblick auf gelingende resonante Selbstwirksamkeitserfahrungen zwar an einer Stelle seines Buches von einer sich ergebenden „Wechselwirkung“ (Rosa 2016, S. 274) aus intrinsischen und instrumentellen Motiven und erläutert diese Wechselwirkung mit Beispielen aus der stark personengebundenen schulischen Unterrichtspraxis (vgl. dazu auch Rosa und Endres 2016 und Beljan 2017). Weniger deutlich lässt sich seinen Darlegungen entnehmen, wie eine solche Wechselwirkung im Bereich der Politik funktionieren soll. In der politischen Erfahrungswelt oszillieren die Selbstwirksamkeitserwartungen auf einer Skala zwischen zwei extremen Polen. Politische Selbstwirksamkeitserwartungen gelten instrumentell dann als maximal erfüllt, wenn es gelingt, erfolgreich in etwas lenkend einzugreifen; instrumentell minimal sind sie erfüllt, wenn der Erfolg der Beeinflussung ausbleibt und wir uns ausschließlich an der (intrinsischen) Erfahrung erfreuen, bei einer politischen Aktivität dabei gewesen zu sein. Beide Extreme sind nicht im Sinne von Rosas Wechselwirkungsidee. Wie aber lässt sich der gleichsam ideale Punkt im Mischungsverhältnis aus intrinsischen und instrumentellen Motiven bestimmen? Die Lektüre der Ausführungen Rosas zur schulischen Unterrichtspraxis vermittelt den Eindruck, dass er von einer prinzipiellen Gleichrangigkeit in der motivationalen Relevanz der beiden Handlungskomponenten ausgeht. Demgegenüber müsste für den Bereich der Politik jedoch die instrumentelle Handlungskomponente gegenüber der intrinsischen entschiedener aufgewertet werden, als dies bei Rosa der Fall ist.

Eine solche Aufwertung der instrumentellen Handlungskomponente findet empirische Unterstützung in den Befunden aus der politischen Kulturforschung. Danach beruht die Ausbildung von politischer Kompetenz in erster Linie auf der positiven Erfahrung, dass das politische System auf die eigenen politischen Vorstellungen und Aktivitäten reagiert, also im instrumentellen Sinne funktioniert (vgl. Hoffmann-Lange 1997; Westle 2006; Conden und Holleque 2013). Auch in der neueren De-

mokratieforschung und insbesondere in aktuellen empirischen Forschungen zur Politischen Bildung gilt politische Effizienz als wichtigster Erklärungsfaktor für Demokratiezufriedenheit, politisches Wissen und Partizipationsbereitschaft (vgl. Vetter 2006; Detjen et al. 2012; Oberle 2018). In die gleiche Richtung weisen die empirischen Befunde zur Protestforschung, wonach Protestaktivitäten insofern über eine ihnen eigene Temporalstruktur verfügen, als nach einer Phase anfänglicher Begeisterung und Hochstimmung recht bald eine Phase der demotivierenden Routine und Abnutzung der Begeisterungsgefühle folgt. Eine gleichrangige Akzentuierung von intrinsischen Motivationen würde die Politik zu einem sicheren Ort der notorischen Enttäuschungsproduktion machen. Die dritte Modifikation des reformpolitischen Ansatzes von Rosa besteht somit in der Suche nach Reformoptionen, in denen bei der Mischung von intrinsischen und instrumentellen Motivationsfaktoren für den Bereich der Politik die instrumentellen Selbstwirksamkeitserfahrungen stärker betont werden.

Im Kern richten sich die unter (a) bis (c) notierten Überlegungen darauf, das von Rosa ins Zentrum seiner demokratietheoretischen Überlegungen gestellte Phänomen der Selbstwirksamkeitserfahrung auf eine andere Art und Weise institutionell auszulegen. Die sich aus den vorgeschlagenen drei Modifikationen ergebende Reformagenda zielt, erstens, auch auf die zentralen klassischen Institutionen des politischen Systems, bezieht, zweitens, auch Routineprobleme des politischen Tagesgeschehens mit ein und setzt, drittens, auf einen intelligenten Mix aus intrinsischen und instrumentellen Selbstwirksamkeitserfahrungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Für ein solches Vorhaben bietet das Konzept einer aleatorischen Demokratie gleich mehrere Anknüpfungspunkte.

## 5 Politische Selbstwirksamkeitserfahrungspotenziale in der aleatorischen Demokratie

Die aleatorische Demokratie ist einer von mehreren Reformansätzen, die seit einigen Jahren unter dem Sammelbegriff „democratic innovations“ Beachtung gefunden haben (vgl. Goodin 2008 und Smith 2011). Solche demokratischen Innovationen können von unterschiedlichen Akteuren mit unterschiedlichen Zielen und Instrumenten propagiert werden.<sup>13</sup> Bei der Suche nach geeigneten Formen für die Institutionalisierung von politischen Selbstwirksamkeitserfahrungen bietet sich die aleatorische Demokratie in mehrfacher Hinsicht an.

Theorien der aleatorischen Demokratie werben für den Einsatz von Losverfahren bei der Vergabe von politischen Ämtern.<sup>14</sup> Etymologisch leitet sich das Attribut „aleatorisch“ vom lateinischen *alea* (der Würfel, aber auch das Wagnis) ab. Gegenüber Wahlen und Abstimmungen, den beiden bisherigen prozeduralen Brückenprinzipien der modernen Demokratie, bietet das Losen somit eine Erweiterung des

<sup>13</sup> Eine gute Taxonomie findet sich bei Offe (2017a).

<sup>14</sup> Es handelt sich also nicht um ein Verfahren zur Entscheidung von politischen Sachfragen. Für eine ausführliche Diskussion dieser Thematik vgl. Buchstein (2009 S. 295 ff.)

Verfahrensrepertoires von politischen Partizipationsformen.<sup>15</sup> Das Losverfahren hat bekanntlich eine weit zurückreichende Tradition als politisches Entscheidungsinstrument, ist dann aber im Zuge der politischen Veränderungen in Europa und Nordamerika seit dem Ende des 18. Jahrhunderts weitgehend in Vergessenheit geraten. Erst im Zuge der Diskussion über Reformen bei der institutionellen Ausgestaltung moderner Demokratien haben Losverfahren z.B. in Form der von James S. Fishkin zu Beginn der 1990er-Jahre in den USA begonnenen „deliberative opinion polls“ wieder an Aufmerksamkeit gewonnen. Die Namen für solche per Losverfahren zusammengesetzten Bürgerversammlungen variieren, unter anderem werden auch die Bezeichnungen „Citizens' Assembly“, „House of Lots“, „Citizen Jury“, „Mini-Publics“ und „Loskammer“ verwendet.

Ungeachtet einiger Unterschiede im Detail arbeiten ausgeloste Gremien nach demselben Grundmuster: Zuerst wird per Losverfahren eine aus einer zuvor festgelegten Region repräsentative Gruppe an Bürgern ermittelt und eingeladen. Diese Gruppe trifft sich – zumeist gegen ein Salär – über mehrere Tage, um gemeinsam zu einer vorher festgelegten aktuellen politischen Problematik zu beraten und sich weiter über unterschiedliche Entscheidungsoptionen sachkundig zu machen. Abschließend wird von ihnen eine Empfehlung erarbeitet, die allerdings für die verantwortlichen Politiker in der Regel nicht bindend ist.

Bei der Einrichtung von Loskammern wird – wie bei konventionellen wissenschaftlichen Meinungsumfragen – ein großer Wert auf eine sozialstatistisch repräsentative Auswahl der Teilnehmenden gelegt. Zudem soll durch eine ausgetüftelte inhaltliche Vorbereitung und durch die diskursive Choreografie der Treffen eine möglichst konstruktive Diskussionssituation hergestellt werden. Die Teilnehmerzahl sollte groß genug sein, um eine gewisse statistische Repräsentativität der sozialen Zusammensetzung der Teilnehmenden zu gewährleisten, aber klein genug, um diskursive Austauschprozesse in Kleingruppen und in Plena mit der Unterstützung professioneller Moderatoren durchführen zu können.

Fishkin und seine Mitarbeiter – und ihnen nachfolgend diverse andere Projektgruppen – haben in mehr als 30 Ländern über 100 solcher Loskammern organisiert, sozialwissenschaftlich begleitet und konzeptionell weiterentwickelt. Nach mittlerweile nahezu 30 Jahren praktischer Erfahrung lässt sich nicht nur eine empirisch informierte Bilanz über die Arbeit dieser Losgremien ziehen, sondern es können auch erste Aussagen zu den Selbstwirksamkeitserfahrungsmöglichkeiten der daran beteiligten Bürgerinnen und Bürger gemacht werden.<sup>16</sup>

(a) Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sich die mit dem Losverfahren beabsichtigte sozialstatistische Repräsentativität der Beteiligten gut realisieren ließ. Auch wenn die zusammengekommenen sozialen Gruppen den statistischen Querschnitt der Bevölkerung nicht exakt abbildeten, verfügten sie doch über einen deutlich höheren Grad an sozialer Heterogenität als sämtliche Institutionen des regulären politischen

<sup>15</sup> Aus der reichhaltigen Literatur und den unterschiedlichen Motiven bei der Wiederentdeckung des Losverfahrens für die moderne Demokratie vgl. u.a. Dowlen (2008), Buchstein (2009, 2010), Reybrouck (2016), Sintomer (2016) und Wright (2017, S. 247 ff.).

<sup>16</sup> Zum Folgenden vgl. im Einzelnen Fishkin und Luskin (2005), Font und Blanco (2007), Dryzek und Huetnik (2012), Lafont (2015) und Sintomer (2016) sowie die dort angegebene Literatur.

Betriebes. Im Hinblick auf die Selbstwirksamkeitserfahrungsmöglichkeiten der daran beteiligten Bürgerinnen und Bürger bringt es die so zusammengestellte Auswahl mit sich, dass gerade jene Repräsentanten aus sozialen Schichten eine größere aktive politische Rolle spielen, deren Stimmen im regulären Politikbetrieb unterrepräsentiert sind.

(b) Mindestens ebenso wichtig sind die internen kommunikativen Prozesse in den Losgremien. Cass R. Sunstein hatte zu Beginn der Forschungen über „Citizen Juries“ ein „law of group polarization“ (Sunstein 2003, S. 81) vermutet, wonach die gemeinsamen Diskussionen den Effekt haben, dass die gesamte Gruppe am Ende eine extremere Position einnimmt als zuvor. Sunstein hatte als Beleg für dieses angebliche Gesetz unter anderem Laborversuche mit Probanden sowie politische Kommunikationen im Internet herangezogen. Die empirischen Befunde aus den wissenschaftlichen Begleitungsstudien der tatsächlichen Beratungen in den Loskammern haben die Vermutung Sunsteins nachdrücklich widerlegt.<sup>17</sup> Die Teilnehmer entwickelten ein signifikant besseres Verständnis für die Positionen anderer und waren eher geneigt, Abstriche bei den eigenen Überzeugungen zu machen. John Gastil und Philip Weiser (2010) stellten in ihren vergleichenden qualitativen Analysen darüber hinaus fest, dass sozial sehr homogene Gruppen eher polarisierende Dynamiken freisetzen, während die soziale Heterogenität von Gruppen ein wichtiger Faktor für das Entstehen einer gemeinsamen argumentativen Orientierung war. Im Hinblick auf kollektive Selbstwirksamkeitserfahrungsmöglichkeiten haben sich solche Gremien auch aus Sicht der beteiligten Bürgerinnen und Bürger als politische Arenen des wechselseitigen Aufeinandereingehens bei der Beratung von strittigen politischen Themen erwiesen.

(c) Ein dritter robuster Befund aus der empirischen Begleitforschung lautete, dass sich im Beratungsverlauf auch deutliche Veränderungen der Meinungen bei den Beteiligten auf der Aggregatdatenebene ergeben haben. Bei den individuellen Positionsveränderungen handelt es sich um einen Prozess von „political learning“ (Fishkin und Farrar 2005, S. 76), der zu kognitiv ausgereifteren neuen Positionen führt. Diese neuen Positionen basieren auf einem verbesserten Faktenwissen, sind logisch schlüssiger, tragen der Komplexität der jeweiligen Problemstellung Rechnung und sind auch bezüglich der eigenen Wertefundamente konsistent.<sup>18</sup> Die Erfahrungen mit den Loskammern zeigen eine praktische Möglichkeit auf, wie sich die von Rosa angesprochene Spannung zwischen dem Rationalismus der kognitiv anspruchsvollen deliberativen Demokratie und den emotionalen Komponenten symmetrischer Resonanzbeziehungen verringern und in ein selbstwirksames politisches Handeln überführen lässt. Loskammern bieten offenbar einen geeigneten Raum für die von Rosa gesuchte fortgesetzte Modulation und Moderation der kollektiven Weltbeziehungen der an ihnen beteiligten Bürgerinnen und Bürger.

Die Einrichtung von Loskammern auf lokaler Ebene lässt sich als Ergänzung zu den auf die Bürgerselbstverwaltung der kommunalen Infrastruktur zielenden Maßnahmen aus Rosas Reformagenda verstehen, z.B. in Form der Einrichtung von so-

<sup>17</sup> Vgl. dazu im Detail Ackerman und Fishkin (2004, S. 63 f.) sowie Fishkin und Luskin (2005, S. 292 ff.).

<sup>18</sup> Vgl. zu dieser kognitivistischen Interpretation der Befunde auch Habermas (2008, S. 151 ff.).

genannten Bürgerhaushalten.<sup>19</sup> Doch mittlerweile gibt es auch eine Reihe von Vorschlägen für Loskammern, die weit über die lokale Ebene hinausgehen.<sup>20</sup> Dabei geht es nicht darum, in einer Art Radikalkur sämtliche gewählte politische Gremien durch Loskammern ersetzen zu wollen. Solchen Vorhaben ist mit Christina Lafont (2015) entgegenzuhalten, dass dadurch den deliberativen Komponenten des gesamten politischen Systems moderner Demokratien der Garauz bereitet würde. Deshalb plädiere ich dafür, den bestehenden elektoralen Parlamentarismus nicht durch ein anderes Repräsentativsystem zu ersetzen, sondern themenspezifisch um Elemente eines aleatorischen Parlamentarismus zu ergänzen.<sup>21</sup> Mit einem solchen Plädoyer für Loskammern wird also auch ausdrücklich nicht die These verbunden, dass die „Entwicklungspotentiale der repräsentativen Parteiendemokratie [...] erschöpft“ seien (Detje et al. 2017, S. 103). Ganz im Gegenteil.

## 6 Loskammern und die Temporalstruktur der modernen Demokratie

Zur vollständigen Bilanz der empirischen Forschungen zur Arbeit von Loskammern gehören allerdings auch Befunde, die den prekären Status der bisherigen Losgremien im politischen Entscheidungssystem zum Thema haben. So haben Lyn Carson und Brian Martin in Australien mehrere Pilotprojekte auf lokaler Ebene mit Eltern schulpflichtiger Kinder durchgeführt, die nach dem Zufallsprinzip zur Beratung über die lokale Stadtplanung und die zukünftige Schulentwicklung eingeladen wurden. Die Autoren berichten von einer Beteiligungsrate von teilweise lediglich 50 Prozent der Ausgelosten (es gab keine finanzielle Kompensation für die Abendtermine) und von zum Teil schwierigen Diskussionen in den Anfangsphasen. Das Engagement in den Debatten und die Beteiligungsraten stiegen allerdings signifikant an, als den Teilnehmenden deutlich erklärt wurde, dass ihre abschließenden Bewertungen von den lokalen Politikern nicht nur zur Kenntnis genommen und abgehört würden, sondern sie einen nachvollziehbaren Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Kommune haben werden (vgl. Carson und Martin 1999, S. 79 ff.). Der von Carson und Martin geschilderte Zusammenhang zwischen der Intensität der Partizipation und der Qualität der Beratungen auf der einen und der Entscheidungsrelevanz der politischen Betätigung auf der anderen Seite deckt sich mit Befunden aus diversen anderen Projektberichten: Die Frage nach der Relevanz der erarbeiteten Ergebnisse hat für alle Teilnehmende an Loskammern einen hohen motivationalen Stellenwert (vgl. Ryfe 2002, S. 366 f.; Font und Blanco 2007, S. 579 f.; Smith 2011, S. 88 ff.). Zum Teil lassen sich einige der Motivationsprobleme durch eine gute Atmosphäre oder ein geschicktes Agieren professioneller Moderatoren beheben. Zumeist nehmen die Teilnehmer an solchen für sie aufwändigen deliberativen Prozessen allerdings eine Kosten-Nutzen-Abwägung vor und fragen sich, ob sich ihr Engagement überhaupt lohnt, wenn es zu keiner verbindlichen politischen Entscheidung führt. Wenn man sich die oben erwähnten Forschungen zur politischen Bildung vor Augen hält,

---

<sup>19</sup> Zu kommunalen Bürgerhaushalten vgl. Sintomer (2016, S. 173 ff.).

<sup>20</sup> Vgl. die Zusammenstellung bei Stone (2011).

<sup>21</sup> Zu dieser Reformprogrammik vgl. Buchstein (2015).

überrascht dieser Befund nicht. Die Einschätzung der Selbstwirksamkeitserfahrungsmöglichkeiten der an Loskammern beteiligten Bürgerinnen und Bürger hängt ganz wesentlich davon ab, ob auch deren instrumentelle Motivation Resonanz findet. Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass es für die erfolgreiche Arbeit von Loskammern unabdingbar ist, sie mit einem Mindestmaß an verbindlicher politischer Entscheidungskompetenz auszustatten.

Gegen den Vorschlag, einfachen Bürgern erweiterte politische Mitwirkungsrechte einzuräumen, wird oft (und vielfach zu Recht) in Anschlag gebracht, sie seien schlecht informiert oder ließen sich leicht manipulieren. Unreflektierte politische Präferenzen von Bürgern zeigen sich in den Ergebnissen vieler politischer Meinungsumfragen. Solche Beobachtungen sind vielleicht ein gutes Argument gegen die Stärkung direktdemokratischer Entscheidungen via landesweiter Referenden, wie sie beispielsweise 2016 in Großbritannien zum Votum für den Brexit geführt haben (vgl. Offe 2017b). Als Einwand gegen die Loskammern sind sie hingegen nicht stichhaltig, denn im Unterschied zu den bei Umfragen ermittelten spontanen politischen Meinungen setzt das „deliberative setting“ in den Loskammern darauf, denjenigen politischen Willen zu ermitteln, den Bürgerinnen und Bürger haben, nachdem sie sich gründlich informieren, gemeinsam miteinander beraten und über die zur Entscheidung stehende Frage nachdenken konnten.

Beratungen in einer Loskammer sind deshalb auch besonders gut geeignet für Themen mit einem längeren Zeit- und Problemhorizont. Grundsätzlich gilt: Der in der empirischen Forschung festgestellte Universalisierungszwang in den internen Debatten von Loskammern garantiert zwar nicht, aber er erleichtert den Einbezug von intergenerativen Perspektiven in die gemeinsamen Beratungen über politische Sachfragen. Im Unterschied zu gewählten Parlamenten mit ihrem spezifischen „short-termism“ haben Loskammern somit ein größeres Potenzial für die Bearbeitung von Entscheidungsthematiken, denen eine „temporal complexity“ (MacKenzie und Warren 2012, S. 104) eigen ist. Damit sind politische Entscheidungen zu solchen Fragen gemeint, deren positive oder negative Effekte sich in ihrem vollen Ausmaß erst auf zukünftige Generationen auswirken, also z.B. Themen der Klimapolitik, der Atommülllagerung oder einer langfristigen Schulden- und Rentenpolitik.

Vor diesem Hintergrund haben in jüngster Zeit verschiedene Autorinnen und Autoren für derartige langfristige politische Fragen als institutionelle Alternative oder Ergänzung zu den etablierten demokratischen Institutionen die Loskammern ins Spiel gebracht. So weist Phillip Pettit in seiner Begründung des Nutzens von Loskammern nachdrücklich auf die oben erwähnte Temporalstruktur moderner Wahldemokratien hin und darauf, dass gewählte Parlamentarier, die ihre Wiederwahlchancen im Blick haben, dazu neigen, „always likely to favour [...] easier energy and environmental demands“ (Pettit 2012, S. 232). Auch die Mitarbeiter im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) favorisieren in ihrem Abschlussbericht unter der Bezeichnung „Zukunftskammer“ die Einrichtung von Loskammern für Entscheidungen zur globalen Umweltpolitik und zu Standorten für die Atommüllendlagerung (WBGU 2012, S. 225 f. und 230 ff.). Schließlich haben Patrizia Nanz und Claus Leggewie unlängst die Blaupause für die Arbeitsweise einer solchen von ihnen als Zukunftsrat apostrophierten Loskammer entworfen (vgl. Nanz und Leggewie 2016, S. 56 ff.). Danach gehören ei-

nem solchen Zukunftsrat maximal 50 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger an, welche die soziale Bevölkerungszusammensetzung annähernd abbilden und vor allem ihre Generationenmischung widerspiegeln. Die Amtsperiode des Zukunftsrats soll zwei Jahre betragen. Seine Mitwirkenden treffen sich regelmäßig und erhalten eine angemessene Aufwandsentschädigung. Ihre Aufgabe ist es, selbstständig zentrale Zukunftsfragen zu identifizieren und eigene Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Parlament und Regierung sollen verpflichtet sein, sich mit diesen Vorschlägen in angemessener Frist substantiell zu befassen. Die Arbeit der Kammer soll von einem Team von Verwaltungsmitarbeitern sowie Mitarbeitern mit Moderationserfahrung unterstützt werden.

Diese Vorschläge sind allerdings zu ergänzen um konkrete Aussagen und Festlegungen über die Stellung einer solchen Loskammer im politischen System moderner Demokratien. Um zu verhindern, dass ein solcher Zukunftsrat lediglich zu einem weiteren Ornament im komplexen institutionellen Gefüge heutiger Beratungsgremien wird, müsste er über die konsultative Funktion hinaus mit verbindlichen politischen Kompetenzen ausgestattet werden. Dazu sollte die Loskammer neben dem Selbstbefassungsrecht über ein suspensives Vetorecht sowohl hinsichtlich der Gesetzgebung der Legislative als auch hinsichtlich der Verordnungstätigkeit der Exekutive verfügen, ähnlich wie es seinerzeit im Zuge der Beratungen des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches 1990 in der DDR für die Schaffung eines Ökologischen Rates vorgesehen war, dessen Mitglieder allerdings von Bundesrat und Bundestag ernannt werden sollten (vgl. Stein 1998, S. 252 ff.).

## **7 Schluss: Mit Loskammern in Richtung Postwachstumsgesellschaft?**

Loskammern lassen sich als eine institutionelle Anreicherung der Demokratie im Sinne der im zweiten Abschnitt dieses Beitrages entwickelten theoretischen Überlegungen verstehen. Sie lassen den normativen Kern der Demokratie und ihre vier Brückenprinzipien unangetastet, erhalten in Hinblick auf die problematischen Temporalstrukturen demokratischer Regierungsroutinen aber eine spezifische Funktion. Loskammern – zumindest in dem im vorherigen Abschnitt beschriebenen Format – können nicht nur die politischen Selbstwirksamkeitserfahrungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erweitern, sondern ihnen kann auch eine spezifische zeitliche Perspektive obliegen, die als Futurisierung der Politik bezeichnet werden kann. Solche Loskammern stellen die eingangs konstatierte strukturelle Dominanz des Gegenwartsbezugs der demokratischen Regierungsroutinen infrage. Sie erweitern das politische Repräsentationsverhältnis in seiner temporalen Dimension. Notgedrungen rücken in einer solchen Perspektive auch ökologische Themen wie der Klimawandel, die nachhaltige Energiepolitik oder die Artenvielfalt in den Vordergrund – mithin solche Themen, die auch ganz vorn auf der Agenda einer gesellschaftlichen Transformation in Richtung Postwachstumsgesellschaft stehen.

Aber machen wir uns keine Illusionen. Gegenwärtig besteht in kaum einer westlichen Demokratie eine realistische Chance für eine solche institutionelle Reform: Viel zu sehr ist auch in der Bundesrepublik immer noch die Skepsis gegenüber



der Kombination von Losverfahren und vernünftiger Politik verbreitet.<sup>22</sup> Es bedürfte deshalb eines strategisch klug gewählten Einstiegs in den Einsatz von Loskammern, um die Idee politisch attraktiver zu machen. Dazu bietet sich nicht allein der vermehrte Einsatz dieser Gremien auf lokaler Ebene an. Momentan besteht auch auf gesamtstaatlicher Ebene der Bundespolitik eine gute Gelegenheit, und zwar bei der in den vergangenen Jahren mehrfach vom Bundesverfassungsgericht und den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert und Wolfgang Schäuble angemahnten Reform des Bundestagswahlrechts. Bei diesem Thema haben die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter, gemessen an ihren eigenen Standards, komplett versagt – weshalb der Deutsche Bundestag seit der Wahl von 2017 statt der vorgesehenen 598 mit 709 Abgeordneten die höchste Zahl an Mitgliedern in seiner 70-jährigen Geschichte aufweist. Parteistrategische Erwägungen aller Bundestagsfraktionen haben bislang eine sachlich angemessene Reform verhindert. Eine für diesen Zweck eingerichtete Loskammer könnte die verschiedenen Vorschläge zur Reform des Bundestagswahlrechts prüfen und diskutieren, ohne bei einem abschließenden Reformvorschlag von den strategischen Interessen der politischen Parteien abhängig zu sein.<sup>23</sup> Sollte es als Ausweg aus der gegenwärtigen Wahlrechtsreformblockade zur Einrichtung einer solchen Wahlrechtsloskammer kommen, würde schlagartig eine andere Situation entstehen: Die erfolgreiche Pionierarbeit dieser Loskammer könnte der generellen Reformidee möglicherweise so viel Reputation zuführen, dass sie auch für die Entscheidungsfindung bei anderen politischen Themen ernsthafter ins Gespräch gebracht werden könnte und somit ihr Potenzial zur Berücksichtigung längerer Zeithorizonte bei politischen Entscheidungen entfalten würde.

Loskammern bieten nicht nur den direkt an ihnen Teilnehmenden die Möglichkeit der erfolgreichen Erfahrung von politischer Selbstwirksamkeit. Das allein wäre sicherlich zu wenig, um sie als Ergänzungen zu den bestehenden politischen Institutionen zu empfehlen. Sie können darüber hinaus auch einen positiven Beitrag zur Stärkung der kollektiven Selbstwirksamkeitsüberzeugung bei allen anderen Bürgerinnen und Bürgern leisten. Durch ihre öffentliche Arbeit wird auf eine von allen interessierten Bürgern nachzuvollziehende Weise deutlich, wie es durch das Engagement der exemplarisch ausgelosten Bürgerinnen und Bürger gelingen kann, politische Entscheidungen nicht mehr allein an professionelle Eliten zu delegieren, sondern auch den Demos unmittelbar politisch weltwirksam werden zu lassen. Und *last but not least* realisiert die unter allen Bürgerinnen und Bürgern gleich verteilte Chance, zu den Ausgelosten zu gehören, in einer verfahrenstechnisch unübertroffenen Weise den seit der Antike unverändert bestehenden normativen Kern der Demokratie: nämlich den Anspruch aller mit Bürgerrechten ausgestatteten Angehörigen einer politischen Ordnung auf politische Gleichberechtigung.

**Danksagung** Für Kritik und weiterführende Hinweise danke ich Karina Becker, Tobias Müller, Monika Oberle, Kerstin Pohl, Hartmut Rosa, Rainer Schmalz-Bruns, Christine Schickert, den Teilnehmern am Donnerstagskolloquium des Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie den anonymen Gutachtern des BJS.

<sup>22</sup> Eine gute Zusammenstellung dieser Vorbehalte findet sich bei Lhotta (2013).

<sup>23</sup> Zu diesem Vorschlag vgl. ausführlicher Buchstein und Hein (2017).

## Literatur

- Ackerman, B., & Fishkin, J. (2004). *Deliberation day*. New Haven: Yale University Press.
- Beljan, J. (2017). *Schule als Resonanzraum und Entfremdungszone*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bösch, S., Gill, B., Kropp, C., & Vogel, K. (Hrsg.). (2014). *Klima von unten. Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Braunmühl, C. von (2010). Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation. In I. Seidl & A. Zahrt (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (S. 189–197). Marburg: Metropolis.
- Brumlik, M. (2016). Resonanz oder: Das Ende der Kritischen Theorie. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 61(5), 120–123.
- Buchstein, H. (2009). *Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Buchstein, H. (2010). Reviving randomness for political rationality. *Constellations*, 17, 435–454.
- Buchstein, H. (2012). Umweltpolitik in Diktaturen und Demokratien. Neue Befunde zu einer alten Kontroverse. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Braune Ökologen* (S. 51–61). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Buchstein, H. (2015). Elective and aleatory parliamentarism. In K. Palonen & J. M. Rosales (Hrsg.), *Parliamentarism and democratic theory* (S. 255–278). Opladen: Barbara Budrich.
- Buchstein, H. (2016). *Typen moderner Demokratietheorien. Überblick und Sortierungsvorschlag*. Wiesbaden: Springer VS.
- Buchstein, H., & Hein, M. (2017). Eine Obergrenze für den Bundestag: Wie die dringend nötige Reform des deutschen Wahlrechts gelingen könnte. *Verfassungsblog*, 5. Oktober 2017, <http://verfassungsblog.de/eine-obergrenze-fuer-den-bundestag-wie-die-dringend-noetige-reform-des-deutschen-wahlrechts-gelingen-koennte/>. Zugegriffen: Aug. 2018.
- Buchstein, H., & Hummel, S. (2017). Demokratietheorie und Methode. Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill. In H. Bluhm & S. Krause (Hrsg.), *Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie* (S. 225–261). Paderborn: Wilhelm Fink.
- Buchstein, H., & Schmalz-Bruns, R. (1994). Republikanische Demokratie. In B. Barber, *Starke Demokratie. Über Teilhabe am Politischen* (S. 297–323). Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Burkhardt, C., Eversberg, D., Schmelzer, M., & Treu, N. (2017). Degrowth. In Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.), *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation* (S. 108–117). München: Oekom Verlag.
- Carson, L., & Martin, B. (1999). *Random selection in politics*. Westport, Conn.: Praeger.
- Cattaneo, C., D'Alisa, G., Kallis, G., & Zografos, C. (2012). Degrowth futures and democracy. *Futures*, 44, 515–523.
- Christiano, T. (2008). *The constitution of equality. Democratic authorities and its limits*. Oxford: Oxford University Press.
- Collier, D., & Levitsky, S. (1997). Democracy with adjectives. Conceptual innovation in comparative research. *World Politics*, 49, 430–449.
- Conden, M., & Holleque, M. (2013). Entering politics. General self-efficacy and voting behavior among young people. *Political Psychology*, 34, 167–181.
- D'Alisa, G., Demaria, F., & Kallis, G. (Hrsg.). (2016). *De-Growth. Handbuch für eine neue Ära*. München: Oekom Verlag.
- Detje, R., Dörre, K., Kronauer, M., & Schumann, M. (2017). Zeitenwende oder: Zeit für eine Wende der Linken. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62(4), 97–103.
- Detjen, J., Massing, P., Richter, D., & Weißeno, G. (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer VS.
- Dowlen, O. (2008). *The political potential of sortition. A study of the random selection of citizens for public office*. Exeter: Imprint Academic.
- Dryzek, J., & Hendriks, C. (2012). Fostering deliberation in the forum and beyond. In F. Fischer & H. Gottweis (Hrsg.), *The argumentative turn revisited* (S. 31–57). Durham, N.C.: Duke University Press.
- Farzin, S. (2017). Lyrische Weltsoziologie. *Soziologische Revue*, 40, 169–176.
- Finley, M. I. (1980). *Antike und moderne Demokratie*. Stuttgart: Reclam.
- Fishkin, J., & Farrar, C. (2005). Deliberative polling. From experience to community resource. In J. Gastil & P. Levine (Hrsg.), *The deliberative democracy handbook* (S. 686–697). San Francisco: Jossey-Bass.
- Fishkin, J., & Luskin, C. (2005). Experimenting with a democratic ideal: Deliberative polling and public opinion. *Acta Politica*, 40, 281–298.

- Font, J., & Blanco, I. (2007). Procedural legitimacy and political trust. The case of citizen juries in Spain. *European Journal of Political Research*, 40, 557–589.
- Gallie, W. B. (1956). Essentially contested concepts. *Proceedings of the Aristotelian Society*, 56, 167–220.
- Gastil, J., & Weiser, P. (2010). *The jury and democracy. How jury deliberation promotes civic engagement and political participation*. Oxford: Oxford University Press.
- Gesang, B. (2015). Is democracy an obstacle to ecological change? In D. Birnbacher & M. Thorseth (Hrsg.), *The politics of sustainability. Philosophical perspectives* (S. 53–67). New York: Routledge.
- Giddens, A. (2009). *The politics of climate change*. Oxford: Oxford University Press.
- Goodin, R. (2008). *Innovating democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Habermas, J. (2008). Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? In J. Habermas, *Ach, Europa* (S. 138–190). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hansen, M. H. (2005). *The tradition of ancient democracy and its importance for modern democracy*. Kopenhagen: The Royal Danish Academy of Sciences and Letters.
- Helfrich, S., & Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). (2012). *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript.
- Hoffmann-Lange, U. (1997). Einstellungen zur Rolle von Bürgern im politischen Prozeß. In O. W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland* (S. 211–234). Opladen: Leske + Budrich.
- Kutschmann, W. (2016). Rezension Hartmut Rosa, Resonanz. *Zeitschrift für philosophische Forschung*, 70, 614–619.
- Lafont, C. (2015). Deliberation, participation, and democratic legitimacy: Should deliberative mini-publics shape public policy? *The Journal of Political Philosophy*, 23, 40–63.
- Lhotta, R. (2013). Gehen Sie nicht über Los. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 44, 406–420.
- Lord, C. (2004). *A democratic audit of the European Union*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Love, N. (2006). *Musical democracy*. Albany: State University of New York Press.
- MacKenzie, M. K., & Warren, M. E. (2012). Two trust-based uses of minipublics in democratic systems. In J. Parkinson & J. Mansbridge (Hrsg.), *Deliberative systems. Deliberative democracy at the large scale* (S. 95–124). Cambridge: Cambridge University Press.
- Mason, P. (2016). *Postkapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Meier, C. (1970). *Entstehung des Begriffs „Demokratie“*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Muraca, B. (2014). *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Berlin: Wagenbach.
- Nanz, P., & Leggewie, C. (2016). *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Berlin: Wagenbach.
- Neuhann, E. L., & Kaczynski, R. (2016). Rezension Hartmut Rosa, Resonanz. *Zeitschrift für philosophische Literatur*, 4(3), 42–53.
- Ober, J. (2008). The original meaning of „democracy“: Capacity to do things, not majority rule. *Constellations*, 15, 3–9.
- Oberle, M. (2018). Politisches Effektivitätsgefühl von Schüler/-innen. Struktur, Determinanten und Veränderbarkeit einer motivationalen Facette politischer Kompetenz. In S. Manzel & M. Oberle (Hrsg.), *Kompetenzorientierung. Potenziale zur Professionalisierung der Politischen Bildung* (S. 85–97). Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, C. (2015). Temporalstrukturen sozialer Macht. In H. Straßheim & T. Ulbricht (Hrsg.), *Zeit der Politik. Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt*. Leviathan, Sonderheft 30 (S. 29–51). Baden-Baden: Nomos.
- Offe, C. (2017a). Democracy and innovations. A conceptual toolbox. In Hertie School of Governance (Hrsg.), *The Governance Report 2017* (S. 157–162). Oxford: Oxford University Press.
- Offe, C. (2017b). Referendum vs. institutionalized deliberation: What democratic theorists can learn from the 2016 Brexit decision. *Daedalus*, 146(3), 14–27.
- Peters, C. H., & Schulz, P. (Hrsg.). (2017). *Resonanzen und Dissonanzen. Hartmut Rosas kritische Theorie in der Diskussion*. Bielefeld: transcript.
- Pettit, P. (2012). *On the people's terms. A republican theory and model of democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Prisching, M. (2017). Rosa's Welt. *Soziologische Revue*, 40, 177–184.
- Raaflaub, K., & Ober, J., & Wallace, R. W. (Hrsg.). (2007). *Origins of democracy in ancient Greece*. Berkeley: University of California Press.
- Reckwitz, M. (2017). Auf dem Weg zu einer Soziologie des gelungenen Lebens? *Soziologische Revue*, 40, 185–195.
- Reybrouck, D. van (2016). *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*. Göttingen: Wallstein Verlag.

- Richter, E. (2016). *Demokratischer Symbolismus. Eine Theorie der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Rinderle, P. (2015). *Demokratie*. Berlin: De Gruyter.
- Rosa, H. (2005). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rosa, H. (2009). Leiharbeiter und Aktivbürger. Was stimmt nicht mit dem spätmodernen Kapitalismus? In K. Dörre, S. Lessenich & H. Rosa, *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte* (S. 205–223). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rosa, H. (2012). *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, H. (2016). *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, H., & Endres, W. (2016). *Resonanzpädagogik*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Ryfe, D. M. (2002). The practice of deliberative democracy. *Political Communication*, 19, 359–377.
- Schulze, G. (1992). *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schulze, H. (2016). Resonanz. *Merkur*, 70(808), 75–80.
- Seidl, I., & Zahrt, A. (Hrsg.). (2010). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis.
- Sintomer, Y. (2016). *Das demokratische Experiment. Geschichte des Losverfahrens von der Antike bis heute*. Wiesbaden: Springer VS.
- Smith, G. (2011). *Democratic innovations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stegmüller, W. (1985). *Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie, Band II, 2. Teilband: Theorienstrukturen und Theoriendynamik*. Berlin: Springer-Verlag.
- Stein, T. (1998). *Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stern, N. (2007). *The economics of climate change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stone, P. (2011). *The luck of the draw. The role of lotteries in decision-making*. Oxford: Oxford University Press.
- Sunstein, C. R. (2003). The law of group polarization. In J. Fishkin & P. Lasslett (Hrsg.), *Debating deliberative democracy* (S. 80–101). Malden, MA: Blackwell.
- Vetter, A. (2006). Jugend und ihre subjektive politische Kompetenz. In E. Roller, F. Brettschneider & J. W. van Deth (Hrsg.), *Jugend und Politik: „Voll normal!“*. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung (S. 241–267). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Welzer, H., & Wiegand, K. (Hrsg.). (2013). *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Westle, B. (2006). Politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz und politisches Wissen. In E. Roller, F. Brettschneider & J. W. van Deth (Hrsg.), *Jugend und Politik: „Voll normal!“*. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung (S. 209–240). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. (2012). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: Eigenverlag.
- Wright, E.O. (2017). *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

**Hubertus Buchstein** geb. 1959. Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. Forschungsschwerpunkte: moderne Demokratietheorie, politische Ideengeschichte, politische Entscheidungsverfahren, Kritische Theorie, Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft sowie Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Ausgewählte Veröffentlichungen: Arkadij Gurland: *Political science as critical theory*, in: B. Best, W. Bonefeld & C. O’Kane (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Frankfurt School Critical Theory*, 2018; *The Eschenburg controversy in German political science*, in: *Redescriptions*, 2017; *Typen moderner Demokratietheorien. Überblick und Sortierungsvorschlag*, 2016.